

Inhaltsverzeichnis

1. Health and Environmental Sciences Institute	
2. International Life Science Institute	
3. Europäische Arzneimittelagentur	
4. Europäische Chemikalienagentur	
5. Monsanto	
6. Bundesinstitut für Risikobewertung	
7. ExxonMobil	
8. American Chemistry Council	
9. BASF	
10. Bayer	

Health and Environmental Sciences Institute

Das Health and Environmental Sciences Institute (HESI)

ist 1989 als weltweit tätige Tochtergesellschaft des

[International Life Science Institute](#) (ILSI) gegründet worden.^[1]

Nach eigenen Angaben ist das Ziel von HESI, ein internationales Forum für Wissenschaftler aus dem öffentlichen Bereich und der Privatwirtschaft zu schaffen, um globale Gesundheits- und Umweltprobleme zu identifizieren und zu lösen.^[2] Der öffentliche Bereich umfasst Universitäten, Behörden, Forschungsinstitute und gemeinnützige Stiftungen. Zur Tätigkeit gehört auch die Gründung branchenübergreifender Netzwerke.^[3]

HESI wird von der Chemie-, Pharma- und Gentechnikindustrie gesteuert und finanziert. Die Einbindung von Wissenschaftlern aus dem universitären Bereich soll dem Institut einen neutralen Anstrich verschaffen. Die Beteiligung von Regierungsbehörden führt zu institutionalisierten Kontakten, die den Einfluss auf die Regulierung der betroffenen Märkte im Sinne der Sponsoren erleichtern. In den Ausschüssen („Committees“) kooperiert die Industrie mit Regulierern und beeinflusst über eine Vielzahl von Studien und Arbeitsgruppen Entscheidungsträger in staatlichen Institutionen und Forschungsinstituten.

Health and Environmental Sciences Institute (HESI)

Rechtsform gemeinnützige Organisation nach US-Recht (501 c organization)

Mission

Tätigkeit Weltweit tätiges Netzwerk, in dem

Gründungsmitglieder Vertreter der Chemie- und

Branchen Pharmabranche mit industrienahen

Partnern Wissenschaftlern und Regulatoren kooperieren

Gründungsdatum 1989

Standort

Organisationstyp

Organisationstyp

Hauptsitz Washington/DC

Rechtsform

Rechtsform

Lobbying

Lobbying

Organisationstyp

Lobbying

Lobbying

Organisationstyp

EU

Web hesiglobal.org

Adresse

Adresse

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	3
2 Fallbeispiele und Kritik	3
2.1 RISK21 Ausschuss	3
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	4
3.1 Mitgliederversammlung ("Assembly")	4
3.2 Kuratorium ("Board of Trustees")	5
3.3 Sponsoren	5
3.4 Kooperationspartner	5
3.5 Ausschüsse ("Committees")	5
4 Weiterführende Informationen	6
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
6 Einzelnachweise	6

Lobbystrategien und Einfluss

Zu den Behörden, die im Rahmen des HESI mit der Industrie kooperieren, gehören u.a.^[4]

- Joint Research Center der EU-Kommission
- Europäische Arzneimittelagentur
- Europäische Chemikalienagentur
- Umweltbundesamt

Die Lobbyaktivitäten werden im Wesentlichen über die Ausschüsse („Committees“) organisiert. Eine zentrale Rolle spielt der RISK21 Ausschuss, der sich mit den Gesundheitsrisiken von Stoffen beschäftigt. Am RISK21 Projekt sind die US Environmental Protection Agency (EPA), das Joint Research Center der EU-Kommission und die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) beteiligt, die auf europäischer Ebene für die Prüfung von Glyphosat zuständig ist. Zu den beteiligten Unternehmen gehört u.a. der Glyphosat-Hersteller Monsanto. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von RISK21 ist Angelo Moretto, der gleichzeitig Mitglied des Joint FAO /WHO Meeting on Pesticide Residues (JMPR) ist, das Glyphosat im Auftrag der genannten Organisationen bewertet. Ehemaliges Mitglied des „Integrated Strategic Subteam“ von RISK 21 ist Roland Solecki, beim Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) für die Prüfung von Glyphosat zuständiger Leiter der Abteilung „Sicherheit von Pestiziden“. ^[5] Ein weiteres Mitglied des Subteams war James Sherman von Monsanto.

Nach Auffassung der "Grünen" werden im RISK21 Ausschuss Gesundheitsrisiken entgegen internationalen Gepflogenheiten im Sinne der Industrie bewertet. ^[6]

Fallbeispiele und Kritik

RISK21 Ausschuss

Der Ausschuss ("Committee") "Risk Assessment in the 21st Century" (RISK21), der sich mit der Bewertung von Gesundheitsrisiken befasst, ist der wichtigste Ausschuss. Er hat 8 Studien veröffentlicht und Arbeitstagungen organisiert, die von Mitgliedern des RISK21 Teams geleitet wurden. ^[7] An diesen haben insgesamt über 500 Wissenschaftler und Regulatoren teilgenommen.

Der RISK21 Ansatz bei der Risikoprüfung wird u.a. als wie folgt beschrieben: „Exposure-led: Considers relevant exposures estimates up-front to prioritize and determine data needs“. Nach Einschätzung der Bundestagsfraktion der Grünen bedeutet dies, dass zunächst nicht mehr das grundsätzliche gesundheitsschädigende Potential eines Stoffes bewertet wird, sondern vorab eine Expositionsabschätzung vorgenommen werden soll. ^[8] Auf Grundlage der vermuteten Belastung mit dem zu prüfenden Stoff werde dann eine Risikoabschätzung (englisch: risk assessment) vorgenommen. Der Schritt der allgemeinen Gefahrenbewertung (hazard assessment) werde übersprungen. Dieses Vorgehen widerspreche international üblichen Bewertungsverfahren, die die generelle Gefahrenbewertung vor die spezifische Risikobewertung stellten. Ziel sei es offenbar, die relativ strikte EU-Pestizidgesetzgebung so zu umgehen.

Dem Wissenschaftlicher Beirat von RISK21 gehören an ^[9]:

- Michelle Embry, HESI
- John Arnot, Arnot Research and Consulting
- Ammie Bachman, ExxonMobil
- Rick Becker, American Chemistry Council (Interessenvertretung der US-Chemieindustrie)

- Judy LaKind, LaKind Associates (Unternehmen zur Bewertung von Gesundheitsrisiken)
- Angelo Moretto, University of Milan, Mitglied des HESI-Kuratoriums, Mitglied des Joint FAO/WHO Meeting on Pesticide Residues (JMPR)^[10]
- Tessa Serex, DuPont
- Justin Teeguarden, Pacific Northwest Laboratory (PNNL)
- Marcelo Wolansky, University of Buenos Aires
- Doug Wolf, Syngenta

Ad hoc Berater sind:

- Tara Barton-Mc Claren, Health Canada
- Patience Brown, OECD
- Gino Scarano, United States Environmental Protection Agency (USEPA)
- Maurice Whelan, Joint Research Center der EU-Kommission (JCR)
- Zuzana Kloslova, [Europäische Chemikalienagentur](#) (ECHA)

Die beteiligten HESI-Manager sind:

- Michelle Embry
- Jennifer Young Tanir

Die sich beteiligenden Organisationen sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören u.a. (Stand: April 2020):

- [American Chemistry Council](#) (Verband der US-amerikanischen Chemie-Industrie)
- ANVISA (brasilianische Aufsichtsbehörde für Gesundheit)
- [BASF](#)
- [Bayer](#) Crop Science
- [Europäische Chemikalienagentur](#) (ECHA)
- EU-Kommission, Joint Research Center
- [ExxonMobil](#) Biomedical Sciences, Inc.

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Mitgliederversammlung ("Assembly")

Die Mitgliederversammlung wählt u.a. das Kuratorium.

Laut Satzung ("Bylaws", Art. II) nehmen an der Mitgliederversammlung teil:

- Im öffentlichen Bereich tätige Einzelpersonen, die in Ausschüssen („Committees“) mitarbeiten oder Mitglieder des Kuratoriums sind
- Je ein offizieller Vertreter der Sponsoren
- In Unternehmen der Sponsoren tätige Einzelpersonen, die in Ausschüssen („Committees“) mitarbeiten oder Mitglieder des Kuratoriums sind

Quelle: ^[11]

Kuratorium ("Board of Trustees")

Das von der Mitgliederversammlung gewählte Kuratorium ist das Leitungsorgan von HESI. Die 29 Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehört u.a. [Alan Boobis](#), Professor am Imperial College London, Kuratoriumsmitglied ("Board of Trustees") von ISLI Global sowie Mitglied des Vorstands ("Board of Directors") und des Wissenschaftlichen Beirats von ISLI Europe.

Sponsoren

Sponsoren können nur Unternehmen werden, die sich auf den relevanten Märkten betätigen. Die Höhe der jährlichen Sponsorenbeiträge hängt von den weltweiten Umsätzen der Unternehmen ab. Die Sponsorenbeiträge reichen von 800 \$ (Umsatz unter 5 Mio. \$) bis 59.100 \$ (Umsatz über 100 Mrd. \$). Die Sponsoren erhalten ein Stimmrecht in der Mitgliederversammlung ("Assembly") und können in den sie interessierenden Ausschüssen („Committees“) und/oder Projekten mitwirken. Daneben können einzelne Ausschüsse („Committees“) gesponsert werden. Bei den Technischen Ausschüssen („Technical Committees“) liegen die Sponsorenbeiträge zwischen 6.000 \$ (Biomarkers of Nephrotoxicity) und 20.000 \$ (Risk Assessment in the 21st Century).

Quelle: ^[12]

Kooperationspartner

Bei den Kooperationspartnern wird unterschieden zwischen:

- Unternehmen, die [hier](#) abrufbar sind. Zu ihnen gehören u.a. [BASF](#), [Bayer](#), Boehringer Ingelheim, Merck & Co. und [Monsanto](#).
- Akademischen Institutionen, die [hier](#) abrufbar sind. Zu ihnen gehören u.a. die Universitäten Aachen, Hamburg, Heidelberg und Tübingen.
- Behörden, die [hier](#) abrufbar sind. Zu ihnen gehören u.a.: Joint Research Center der EU-Kommission, [Europäische Arzneimittelagentur](#), [Europäische Chemikalienagentur](#) und [Umweltbundesamt](#)
- Beratungsunternehmen
- Andere Organisationen des öffentlichen Bereichs

Ausschüsse ("Committees")

Es gibt 12 Technische Ausschüsse („Technical Committees“) und drei Unterausschüsse („Emerging Issues Subcommittees“). Die Ausschüsse bewerten und koordinieren Forschungstätigkeiten, veröffentlichen Ergebnisse und Perspektiven und sponsern weltweit Symposien und Arbeitstagungen. Sie werden meist auf Initiative des Kuratoriums gegründet und sind für die Finanzierung selbst verantwortlich. Über die Förderung entscheiden die Sponsoren auf der Grundlage der Projektbewertung ihrer Vertreter in den betreffenden Ausschüssen. Möglich ist auch eine Finanzierung durch andere Akteure wie z.B. Behörden. Einzelheiten sind in der Satzung ("Bylaws", Artikel IX) geregelt. Die Unterausschüsse werden von Sponsoren finanziert (Artikel VIII). Jeder Ausschuss wird von mindestens einem Programm-Manager unterstützt. HESI ersetzt „Future Leaders“ die Kosten für Unterkunft und Anreise zu gesponserten Veranstaltungen bis zu 1.500 \$ (Veranstaltungen im eigenen Land) und 2.500 \$ (Veranstaltungen im Ausland)^[13]

Weiterführende Informationen

- [Satzung \(„Bylaws“\)](#)
- [Ayato Takei: ILSI Health and Environmental Sciences Institute \(HESI\), global leader in advancing translational science to create science-based solutions for a sustainable, healthier world 2015](#)
- [Annual Report 2019](#)
- [Keine Entwarnung - Glyphosat weiterhin „wahrscheinlich krebserregend“](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [HESI Official Representative Training](#), [ilsi.org/hesi](#), abgerufen am 09.12.2017
2. ↑ [Bylaws](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 10.12.2017
3. ↑ [2016-2017 Activities Report](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 13.12.2017
4. ↑ [Government Agencies](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 24.04. 2020
5. ↑ [RISK21 Technical Committee Members](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 13.12.2017
6. ↑ [Keine Entwarnung - Glyphosat weiterhin „wahrscheinlich krebserregend“](#), [gruene-bundestag.de](#) vom 17.05.2016, abgerufen am 11.12.2017
7. ↑ [Key accomplishments](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 13.12.2017
8. ↑ [Keine Entwarnung - Glyphosat weiterhin „wahrscheinlich krebserregend“](#), [gruene-bundestag.de](#) vom 17.05.2016, abgerufen am 11.12.2017
9. ↑ [Science Advisory Board](#), [risk21.org](#), abgerufen am 13.12.2017
10. ↑ [List of Experts](#), [who.int](#), abgerufen am 12.12.2017
11. ↑ [Bylaws](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 10.12.2017
12. ↑ [2017 Sponsorship Application](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 09.12.2017
13. ↑ [HESI FUTURE LEADERS TRAVEL AWARD](#), [hesiglobal.org](#), abgerufen am 11.12.2017

International Life Science Institute

Weiterleitung nach:

- [International Life Sciences Institute](#)

Europäische Arzneimittelagentur

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Jetzt spenden!

Die **Europäische Arzneimittelagentur (EMA)**, engl. European Medicines Agency) ist eine **EU-Agentur**, die für die Beurteilung der Sicherheit und Wirksamkeit von Arzneimitteln zuständig ist. Die wichtigsten Aufgaben der Agentur sind die Zulassung und Überwachung von Arzneimitteln in der EU. Sie arbeitet in einem EU-weiten Netzwerk und koordiniert die Wissenschaftsressourcen, die ihr von den nationalen Behörden zur Beurteilung und Überwachung von Human- und Tierarzneimitteln zur Verfügung gestellt werden.

Europäische Arzneimittelagentur

Hauptsitz	Amsterdam
Gründung	1995
Tätigkeitsbereich	Arzneimittel
Mitarbeiter	818 (12/2019)
Etat	ca. 386 Mio. € (2021)
Webadresse	www.ema.de

Lobbyismus in der EU



- Überblick A-Z
- Lobbyismus in der EU

Inhaltsverzeichnis

1 Regelungen zu Interessenkonflikten	8
1.1 Leitlinien zu Interessenkonflikten von Ausschuss-Mitgliedern und Experten	8
1.2 Regelungen für ausgeschiedene Mitarbeiter	8
1.3 Weitere Regelungen	9
2 Seitenwechsler	9
2.1 2013: Pharmedbbyist Marino wird Leiter der Rechtsabteilung	9
2.2 2012: Vincenzo Salvatore - vom Leiter der Rechtsabteilung zur Pharmaindustrie	9
2.3 2012: Xavier Luria: Leiter des Bereichs Sicherheit und Wirksamkeit von Arzneimitteln wird Pharmaberater	10
2.4 2011: Thomas Lönngren: EMA-Direktor wird Pharmaberater	10
3 Fallstudien und Kritik	10
3.1 2014: Ehem. Pharmedbbyist Marino wirkt an EMA-Transparenzrichtlinie mit	10
3.2 2012: EMA hält am umstrittenen Krebsmedikament Avastin fest	11
3.3 2012: Europ. Rechnungshof kritisiert EMA wegen ihres Umgangs mit Interessenkonflikten	11
4 Organisationsstruktur und Personal	12
4.1 Verwaltungsrat (Management Board)	12
4.2 Geschäftsführende Direktorin (Executive Director)	12
4.3 Beratende Abteilungen (Advisory functions)	13
4.4 Abteilungen der EMA (units)	13
4.5 Wissenschaftliche Ausschüsse ("Scientific Committees") und Experten	13
5 Finanzierung	13

6 Weiterführende Informationen	14
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	14
8 Einzelnachweise	14

Regelungen zu Interessenkonflikten

Leitlinien zu Interessenkonflikten von Ausschuss-Mitgliedern und Experten

Die EMA hat auf die Kritik an ihrem laxen Umgang mit Interessenkonflikten reagiert und eine Neufassung ihrer [Leitlinien zum Umgang mit Interessenkonflikten von Mitgliedern wissenschaftlicher Ausschüsse und Experten](#) von 2016 erstellt, die am 1. Januar 2021 in Kraft getreten sind. Ausschuss-Mitglieder und Experten müssen danach jedes Jahr eine Erklärung der finanziellen Interessen abgeben. Zusätzlich werden alle indirekten Interessen, die sich auf die pharmazeutische Industrie beziehen könnten, in ein bei der Agentur geführtes Register eingetragen, das öffentlich zugänglich sein soll. Direkte Interessen sind: Beschäftigung bei einem pharmazeutischen Unternehmen, Beratung eines pharmazeutischen Unternehmens, finanzielle Interessen bei einem pharmazeutischen Unternehmen, Mitwirkung des Experten beim [Repurposing](#) eines Arzneimittels. Indirekte Interessen sind: Forscher bei einem pharmazeutischen Unternehmen, Mitwirkung der Organisation des Experten beim [Repurposing](#) eines Arzneimittels, finanzielle Zuwendungen eines pharmazeutischen Unternehmens an die Organisation/Institution des Experten, direkte Interessen von engen Familienmitgliedern bei einem pharmazeutischen Unternehmen. Besondere Regelungen gibt es für Mitglieder des [Committee for Advanced Therapies](#) (CAT). Der relevante Zeitrahmen ist entweder aktuell, betrifft die letzten drei Jahre oder in besonderen Fällen einen längeren Zeitraum, je nach Bedeutung des finanziellen Interesses. Sich ergebende Restriktionen hängen von drei Faktoren ab: Art des Interesses und der Aktivitäten sowie die Dauer des Interessenkonflikts. In der Regel ist die aktuelle Beschäftigung in einem pharmazeutischen Unternehmen, dem Biotechnologie-Sektor oder der Medizintechnik-Branche sowie die Mitwirkung eines Experten beim [Repurposing](#) eines Medikaments, bei dem seine Organisation als "Champion" agiert, unvereinbar mit der Mitwirkung bei der EMA. Die Karenzzeit („cooling-off period“) kann bis zu 3 Jahren betragen oder in bestimmten Fällen sogar länger sein. Wenn Ausschuss-Mitglieder oder Experten beabsichtigen, bei einem pharmazeutischen Unternehmen aktiv zu werden, müssen sie die EMA unverzüglich informieren, die die betreffenden Personen dann von ihren Aufgaben entbindet. Eine verpflichtende Karenzzeit ist für diesen Fall nicht vorgesehen.

Weitere Regelungen zu Interessenkonflikten finden sich im [Privacy Statement regarding the Experts database and the handling of competing interests of scientific committees' members and experts](#).

Regelungen für ausgeschiedene Mitarbeiter

Ehemalige EMA-Mitarbeiter brauchen eine Erlaubnis, wenn sie innerhalb einer Frist von 2 Jahren nach ihrem Ausscheiden einer neuen Beschäftigung nachgehen.^[1] Grundlage sind Artikel 16 der [Staff Regulations](#) und die [European Commissions rules on outside activities and assignments and occupational activities after leaving the service](#), die auch auf die EMA Anwendung finden. Die Erlaubnis der EMA kann mit Auflagen verbunden werden. Entscheidungen, die hochrangige Mitarbeiter betreffen, werden seit Dezember 2020 im [Register of EMA decisions on senior staff members leaving the EMA](#) veröffentlicht.

Die Einhaltung von Auflagen lässt sich praktisch kaum überprüfen, so dass die Auflagen sich letztlich meist als wenig effektiv erweisen. Konsequenter wäre die Vorgabe einer verpflichtenden [Karenzzeit](#).

Weitere Regelungen

Sämtliche Richtlinien der EMA zu Interessenkonflikten und die Annual reports on independence sind [hier](#) abrufbar.

Seitenwechsler

Die EMA wurde wegen ihren Fällen von Seitenwechslern schon mehrfach mit negativen Schlagzeilen konfrontiert. Die EMA rügte ihre Seitenwechsler im Nachhinein und wies auf die [Richtlinien](#) hin, insbesondere Titel II, 16(96), die ehemalige MitarbeiterInnen bei der Wahl eines künftigen Arbeitgebers beachten sollen. Dass deren Durchsetzung in der Praxis aber problematisch ist, räumte selbst [Guido Rasi](#), Direktor der EMA, ein: Der Agentur stünden nur in begrenztem Maße Instrumente zur Verfügung, mit denen die Umsetzung der Richtlinien garantiert werden könnte.^[2] Allerdings hat die EMA auch keine verpflichtende [Karenzzeit](#) für ihre Mitarbeiter implementiert, die die Gefahr eines allgemeinwohlgefährdenden Interessenkonflikts bereits minimieren würde.^[3] Einige gravierende Fälle des [Drehtür-Effektes](#) ließen 2012 das [EU-Parlament](#) an der Unabhängigkeit der Agentur zweifeln.^[4]

2013: Pharmalobbyist Marino wird Leiter der Rechtsabteilung

[Stefano Marino](#) ist seit Juni 2013 Leiter der Rechtsabteilung der EMA. Zuvor arbeitete er viele Jahre für die Pharmaindustrie. Zuletzt war er bei [Sigma-Tau](#), einem italienischen Pharmaunternehmen, für den Schutz geistigen Eigentums zuständig. Zudem war Marino 2005-2013 beim Pharma-Lobbyverband [Europäischer Verband der Pharmazeutischen Industrie](#) (EFPIA) Vorsitzender des Ausschusses "Marken".^[5]

2012: Vincenzo Salvatore - vom Leiter der Rechtsabteilung zur Pharmaindustrie

[Vincenzo Salvatore](#) war Vorgänger von [Stefano Marino](#) und von November 2004 bis Juni 2012 bei der EMA als Leiter der Rechtsabteilung tätig. Nur eine Woche später trat er seinen Dienst bei [Sidley Austin](#), einer US-amerikanischen Anwaltskanzlei, an.^[6] Laut Sidley Austin hat Salvatore in seinem neuen Job die Aufgabe, Life-Science Unternehmen zu beraten, wenn es um EU-Regulationen und gesetzgeberische Prozesse geht.^[7] Die EMA war über den Wechsel ihres ehemaligen Mitarbeiters wenig erfreut. Ein gemischter Ausschuss der EMA befasste sich deshalb mit dem Fall. Der Ausschuss bewilligte den Wechsel zwar, stellte aber Forderungen: Salvatore darf sich weder mit Fällen befassen, die direkt oder indirekt mit der EMA in Verbindung stehen, noch durfte er innerhalb der folgenden 2 Jahre in eine Führungsposition eines Pharmakonzerns wechseln.^[8]

Doch sind es natürlich gerade diese Tätigkeiten, die Salvatore für Sidley Austin interessant macht. George Petrow, tätig für Sidley Austin, preist seinen neuen Kollegen folgendermaßen:

"Vincenzo is internationally recognized for his deep understanding of the EMA and the complex regulatory and enforcement environment in which the life sciences industry operates. He will be a tremendous asset to our clients, particularly those pharmaceutical and biotech companies that currently do business in Europe or are considering entering that market."^[9]

Salvatore sieht in seinem Wechsel kein Problem, denn: „there is nothing to stop people working in their field of expertise.“^[10]

2012: Xavier Luria: Leiter des Bereichs Sicherheit und Wirksamkeit von Arzneimitteln wird Pharmaberater

Xavier Luria leitete bei der EMA den Bereich 'Sicherheit und Wirksamkeit von Arzneimitteln' (Head of Sector Safety and Efficacy of Medicines). Seit März 2012 ist er als Berater unter anderem für **Trial Form Support**, **NDA Partners**, **Oryzon** und **Kinesys Consulting UK** tätig – allesamt Pharmaunternehmen oder deren Beratungsdienstleister.^[11]

2011: Thomas Lönngren: EMA-Direktor wird Pharmaberater

Thomas Lönngren war 10 Jahre lang, bis zum 31. Dezember 2010, Geschäftsführender Direktor der EMA. Direkt im Anschluss, am 1. Januar 2011, wechselte er ins Management von **NDA**, einer Beratungsagentur für Arzneimittelunternehmen.^[12] Lönngren wurde außerdem nicht-geschäftsführender Direktor der australischen Biotech-Firma **CBio Limited**.^[13] Was diesen Seitenwechsel besonders bedenklich macht ist, dass Lönngren nun für Pharmakonzerne arbeitet, deren Produkte er vorher prüfen und gegebenenfalls vom Europäischen Markt nehmen sollte.^[14] Dabei berät er die Unternehmen auch dahingehend, wie ihre neuen Medikamente den Prüfungsprozess der EMA erfolgreich bestehen können – und diesen kennt Lönngren als ehemaliger Direktor wie kein Zweiter.^[15] Die EMA genehmigte den Wechsel und vertraut auf die Integrität ihres ehemaligen Geschäftsführenden Direktors. Nachdem NGOs und einzelne Abgeordnete des **EU-Parlaments** aber scharfe Kritik an der Genehmigung äußerten, formulierte die EMA Restriktionen: Lönngren soll sich beruflich nicht mit EMA-Mitarbeitern treffen oder Dritte bei Gesprächen mit der Agentur vertreten.^[13] Ob solche Regeln das Problem vollends lösen, ist kaum vorstellbar: Denn Lönngren nimmt sein Netzwerk und die Kontakte, die er während seiner Zeit als Direktor der EMA erwarb, in seinen neuen Job mit - Restriktionen hin oder her. Eine Karenzzeit hingegen fordert die Agentur von ihren ehemaligen MitarbeiterInnen nicht, bevor sie als BeraterInnen zu Pharmakonzernen wechseln.^{[16][17]} Dies wäre aber eine Mindestanforderung, um die Interessen der Behörde und der Öffentlichkeit zu schützen. Sinnvoller wäre es noch, einen Wechsel von EMA-MitarbeiterInnen zu Pharmakonzernen komplett zu unterbinden.^[13]

Im Januar 2012 wurde publik, dass Thomas Lönngren sein eigenes Beratungsunternehmen **Pharma Executive Consulting Ltd.** gründete, noch während er EMA-Direktor war.^[18]

Fallstudien und Kritik

2014: Ehem. Pharmedlobbyist Marino wirkt an EMA-Transparenzrichtlinie mit

Die EMA beabsichtigt im Jahr 2014 eine "Transparenzrichtlinie" zu verabschieden, in der es darum geht, welche Daten aus klinischen Studien der Pharmaunternehmen für die Öffentlichkeit freigegeben werden müssen. Zuerst wollte die EMA sämtliche Daten aus klinischen Studien offenlegen, im Juni 2014 hieß es dann, es werde nur ein zensiertes Modell geben: In dem Entwurf steht nun, dass ein Pharmahersteller alle Angaben, die er als vertraulich einschätzt, schwärzen darf. Ein Pharmahersteller könnte so mithilfe des Passus auch unerwünschte Nebenwirkungen eines Medikamentes schwärzen.

Lt. der lobbykritischen Organisation *CEO* ist **Stefano Marino**, Leiter der Rechtsabteilung, für diesen Zickzack-Kurs mit verantwortlich. Er überprüfte den Entwurf aus rechtlicher Sicht, außerdem nahm er an verschiedenen Treffen teil, um die Pläne zu diskutieren.

Die EMA hat nun die Verabschiedung der Transparenzrichtlinie auf Anfang Oktober 2014 verschoben.

Quellen: ^[19], ^[20]

2012: EMA hält am umstrittenen Krebsmedikament Avastin fest

Avastin wird von dem Schweizer Pharmakonzern **Roche** hergestellt und ist seit 2005 als Mittel gegen Darmkrebs registriert. Im Laufe der Zeit erhielt es Zulassungen als Mittel gegen weitere Krebsarten, schließlich auch gegen Brustkrebs. Heute ist es eines der teuersten und zugleich meistverkauften Medikamente im Kampf gegen den Krebs – nicht zuletzt, da Roche es nahezu als *Wundermittel* anpries.^[21] Die Brustkrebsbehandlung mit Avastin kostet pro Jahr etwa 20-mal mehr als eine Chemotherapie.^[22] Während die EMA den Einsatz des Medikaments Avastin im Juni 2011 gegen Brustkrebs erweiterte, entzog die US-Behörde **FDA**, Avastin die Genehmigung als Mittel gegen Brustkrebs ganz. In den USA darf Avastin zwar noch als Mittel gegen andere Krebsarten eingesetzt werden; bei Brustkrebspatientinnen sei aber durch das Medikament kein Nutzen entstanden, der die erheblichen Nebenwirkungen aufwäge.^[21] Warum sich jedoch die zuständigen Stellen in den USA und der EU bezüglich Avastin uneins sind, wirft Fragen auf. Und ein Blick auf die Zusammensetzung des EMA-Expertengremiums, das über die Zulassung des Medikaments entschied, deutet auf eine skandalöse Erklärung: 6 der 10 *unabhängigen Experten* der EMA stehen in direktem oder indirektem Kontakt zum Hersteller **Roche**. Prof. **Lothar Bergmann** zum Beispiel stand und steht in einem Beratungsverhältnis zu Roche – unter anderem für den Wirkstoff *Bevacizumab*, der auch in Avastin steckt.^[23] Er selbst sieht darin kein Problem, seine Entscheidung beruhe auf Fakten. Es bleiben aber zumindest Zweifel, ob jemand einen Pharmahersteller erst bei der Produktion eines Medikaments berät, um es dann im entsprechenden Gremium wieder vom Markt zu nehmen. Die EMA versucht einzulenken: Diejenigen Mediziner, die mit Roche in Verbindung stehen, seien nur beschränkt an der Entscheidungsfindung beteiligt gewesen, etwa an Diskussionen und Beratungen. Die entsprechenden Protokolle sind nicht öffentlich einsehbar; es lässt sich also nicht überprüfen, inwiefern die betroffenen Experten die Debatte zu Gunsten des Herstellers beeinflussten.^[21] Unterm Strich bleibt, dass Roche einen Weg gefunden hat, sein extrem teures und möglicherweise nicht für alle Krebsarten wirksames Medikament auch für diese im Markt zu behalten – und damit bisher rund 7 Mrd. Euro zu verdienen.^[22]

2012: Europ. Rechnungshof kritisiert EMA wegen ihres Umgangs mit Interessenkonflikten

Im Oktober 2012 veröffentlichte der **Europäische Rechnungshof** seinen Bericht über 4 **EU-Agenturen** – darunter die Europäische Arzneimittelagentur (**EMA**) – und deren Umgang mit Interessenkonflikten. Dabei kam er zu dem Ergebnis, dass alle 4 untersuchten Agenturen nur unzulängliche Regeln zur Prävention von Interessenkonflikten haben, und dass dringender Handlungsbedarf besteht.^[24] Zwar schneidet die EMA im Urteil des Rechnungshofes meist besser ab als die 3 anderen, aber eben immer noch schlecht. So bemängelt der Rechnungshof, dass die EMA ihre neuen Mitarbeiter vor deren Einstellung nur unzulässig hinsichtlich möglicher Interessenkonflikte prüft. Das ist besonders problematisch, da die EMA eingestelltes Personal nicht mehr kündigen kann, wenn der potentielle Interessenkonflikt schon vor Einstellung bekannt war. Ein weiterer Kritikpunkt umfasst die Auslagerung von Befugnissen an nationale Stellen, denn diese unterliegen den Regeln bezüglich Interessenkonflikten der EMA nicht. Durch Outsourcing können externe Stellen also Entscheidungen der EMA treffen, ohne dass sie adäquat von der Agentur überprüft werden könnten.^[24] Alle Mitarbeiter der EMA sind verpflichtet, eine Interessenerklärung auszufüllen, die helfen kann, potenzielle Interessenkonflikte aufzudecken. Die EMA sammelt also relevante Informationen, nutzt sie aber leider nicht immer: Der Rechnungshof berichtet von einem Mitglied eines wissenschaftlichen Komitees, welches laut

Interessenerklärung nicht in dem Komitee hätte sitzen dürfen. Obwohl der EMA also die relevante Information vorlag und sie zu dem Schluss kam, dass dieses Mitglied vom Komitee hätte ausgeschlossen werden müssen, passierte nichts – die Person wurde sogar für weitere 3 Jahre in das wissenschaftliche Komitee berufen.^[24]

Ferner bemängelt der Rechnungshof, dass die EMA-Leitlinien nicht konsequent für alle Mitarbeiter gelten: Für die Experten der wissenschaftlichen Ausschüsse gelten oft laxere Regeln als für die Beamten.^[24]

Organisationsstruktur und Personal

Verwaltungsrat (Management Board)

Die EMA wird von einem Verwaltungsrat geleitet. Die 36 Mitglieder des Verwaltungsrates sollen im öffentlichen Interesse handeln, nicht als Vertreter ihres entsendenden Staates bzw. ihrer Organisation.^[25] Jeweils 1 Mitglied wird von den EU-Mitgliedstaaten entsandt, jeweils 2 VertreterInnen von **EU-Kommission**, **EU-Parlament** und Patientenverbänden, sowie jeweils 1 VertreterIn von Ärzte- und Tierärzteverbänden.^[26]

Vorsitzende	Christa Wirthumer-Hoche	Österreich, Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen (BASG)
Stellv. Vorsitzender	Lorraine Nolan	Irische Gesundheitsbehörde
34 weitere Mitglieder		

(Stand: April 2021 Quelle: ^[27])

Geschäftsführende Direktorin (Executive Director)

Zuständigkeit: Alle operativen Angelegenheiten, Personalfragen und die Ausarbeitung des jährlichen Arbeitsprogramms.

Geschäftsführende Direktorin	Emer Cooke	bis 1998 beim Europäischer Verband der Pharmazeutischen Industrie tätig
Stellv. Geschäftsführender Direktor	Noel Wathion	

(Stand: April 2021) Quelle: ^[28]

Beratende Abteilungen (Advisory functions)

Head of International Affairs	Agnès Saint Raymond	
Head of Audit	Pierre Pradal	
Head of Legal (Rechtsabteilung)	Stefano Marino	bis 2013 tätig beim Europäischer Verband der Pharmazeutischen Industrie und bei Pharmaunternehmen
Head of Pharma Law and Support to Core Business Office 4	Sandra Vanlievenda el	
Head of General Affairs and Anti Fraud Office 5	Chiara Bortoluzzi	
Head of Litigation Office (Prozessabteilung)	Spyridon Drosos	

(Stand: April 2021) Quelle: ^[29]

Abteilungen der EMA (units)

[Human Medicines](#)

[Veterinary Medicines](#)

[Stakeholders and Communication](#)

[Task Forces](#)

[Information Management](#)

[Administration and Corporate Management](#)

(Stand: April 2021) Quelle: ^[30]

Wissenschaftliche Ausschüsse ("Scientific Committees") und Experten

Die EMA hat sieben [wissenschaftliche Ausschüsse](#) und eine Reihe von Arbeitsgruppen und verwandte Gruppen, die die wissenschaftliche Arbeit durchführen. Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den Mitgliedsstaaten nominiert. Die wissenschaftlichen Ausschüsse und Arbeitsgruppen werden von [Experten](#) unterstützt, die von der EMA oder den Mitgliedsstaaten nominiert werden können. Ausschussmitglieder und Experten können erst in die Arbeit der EMA einbezogen werden, wenn diese ihre Interessenerklärung bewertet hat. Für sie gelten die [Leitlinien zum Umgang mit Interessenkonflikten von Mitgliedern wissenschaftlicher Ausschüsse und Experten](#)

Finanzierung

2021 beläuft sich das Gesamtbudget der Europäischen Arzneimittel-Agentur auf rd. 386 Mio. €. ^[31] Davon stammen 14% von der EU und 86% von Unternehmen aus dem Pharmabereich. Die EMA erhebt [Gebühren](#) und Auslagen für die Zulassung von Medikamenten sowie für sonstige Dienstleistungen (wissenschaftliche Beratung, Inspektionen und Festsetzung von Höchstmengen für Rückstände).

Weiterführende Informationen

[Investigate Europe: Wie die Pharmaindustrie Europas Arzneimittelbehörde EMA beeinflusst](#), 15.05.2024

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Staff members leaving EMA](#), [ema.europa.eu](#), abgerufen am 10.04.2021
2. ↑ [Job revives 'Revolving Door' Debate](#) [www.ft.com](#), abgerufen am 10.10.2012
3. ↑ [Block the revolving door: why we need to stop EU officials becoming lobbyists](#) [www.alter-eu.org](#), abgerufen am 11.10.2012
4. ↑ [EMA under Fire from European Parliament](#), [www.pharmafile.com](#), abgerufen am 12.10.2012
5. ↑ [EU-Arzneimittelbehörde in der Pharmedia-Falle?](#) Spiegel-Online vom 20.06.2014, abgerufen am 17.07.2014
6. ↑ [Vincenzo Salvatore, Head of Legal Service at the European Medicines Agency, Joins Sidley Austin as Senior Counsel](#), [www.prnewswire.com](#) abgerufen am 10.10.2012
7. ↑ [Our People: Vincenzo Salvatore](#) [www.sidley.com](#), abgerufen am 09.10.2012
8. ↑ [Revolving Door Watch: Vincenzo Salvatore](#) [www.corporateeurope.org](#), abgerufen am 10.10.2012
9. ↑ [Vincenzo Salvatore, Head Of Legal Service At The European Medicines Agency, Joins Sidley Austin As Senior Counsel](#) [www.sidley.com](#), abgerufen am 10.10.2012
10. ↑ [Medicines Agency probes conflict of Interest](#) [www.ft.com](#), abgerufen am 05.10.2012
11. ↑ [Revolving Door Watch: Xavier Luria](#) [www.corporateeurope.org](#), abgerufen am 11.10.2012
12. ↑ [NDA: Our Management](#) [www.ndareg.com](#), abgerufen am 29.04.2014
13. ↑ ^{13,013,113,2} [Block the revolving door: Why We Have to Stop EU-Officials Becoming Lobbyists](#) [www.alter-eu.org](#), abgerufen am 29.04.2014
14. ↑ [Former EMA Chief Faces Job Scrutiny](#) [www.ft.com](#), abgerufen am 29.04.2014
15. ↑ [Open Letter to Commissioner Dalli concerning Thomas Lönngren](#) [www.haieurope.org](#), abgerufen am 29.04.2014
16. ↑ [Activities of former EMA Executive Director Thomas Lönngren](#) [www.ema.europa.eu](#), abgerufen am 29.04.2014
17. ↑ [Former EMA chief faces job scrutiny](#) [www.ft.com](#), abgerufen am 29.04.2014
18. ↑ [Ex-head of Europe's drug regulator set up consultancy while still in office](#) [CEO.org](#), abgerufen am 29.04.2014
19. ↑ [EU-Arzneimittelbehörde in der Pharmedia-Falle?](#) Spiegel-Online vom 20.06.2014, abgerufen am 17.07.2014
20. ↑ [EU-Arzneimittelbehörde verschiebt neue Transparenzregeln](#) Spiegel-Online vom 10.07.2014, abgerufen am 17.07.2014
21. ↑ ^{21,021,121,2} [Fragwürdige Expertise: Lobbyarbeit für Krebsmedikament?](#) [www.wdr.de](#), abgerufen am 29.04.2014

22. ↑ ^{22,022,1} [Krebsmittel Avastin: Die 100.000-Franken-Therapie](#) [www.zeit.de](#), abgerufen am 29.04.2014
23. ↑ [Public Declaration of Interests and Confidentiality Undertaking of European Medicines](#), Prof. Lothar Bergmann [www.ema.europa.eu/ema](#), abgerufen am 02.10.2012
24. ↑ ^{24,024,124,224,3} [Management of Conflict of Interest in Selected EU Agencies](#) [www.eca.europa.eu](#), abgerufen am 29.04.2014
25. ↑ [Who we are](#) [www.ema.europa.eu](#), abgerufen am 09.04.2021
26. ↑ [Management Board](#) [www.ema.europa.eu](#), abgerufen am 09.04.2021
27. ↑ [Management Board Members](#), [ema.europa.eu](#), abgerufen am 08.04.2021
28. ↑ [Executive Director](#), [ema.europa.eu](#), abgerufen am 08.04.2021
29. ↑ [Advisory functions, Corporate Governance and Programme Management Office](#) Webseite EMA, abgerufen am 10.04.2021
30. ↑ [Who we are](#) Webseite EMA, abgerufen am 10.04.2021
31. ↑ [Funding](#), [ema.europa.eu](#), abgerufen am 10.04.2021

Europäische Chemikalienagentur

Die **Europäische Chemikalienagentur (ECHA)** ist eine europäische Behörde, welche die Administration von Chemikalien und den Gebrauch für den europäischen Binnenmarkt festlegt. Als eine von 38 **EU-Agenturen**, dient sie der Unterstützung der Mitgliedsstaaten und der **EU-Kommission** bei der Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe in einem einheitlichen europäischen Verfahren. Die ECHA ist in der Vergangenheit durch einen Mangelhaften Umgang mit Interessenkonflikten aufgefallen.^[1]

Europäische Chemikalienagentur

Hauptsitz Helsinki
Gründung 1997
Tätigkeitsbereich Rechtsregelungen und die Überwachung von Chemikalien
Mitarbeiter 500
Etat
Webadresse <http://echa.europa.eu/de/>
se

Inhaltsverzeichnis

1 Organisationsstruktur und Personal	15
2 Verbindungen zum Health and Environmental Science Institute (HESI)	16
3 Fallstudien und Kritik	16
3.1 2012: Mangelhafter Umgang mit Interessenskonflikten	16
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	16
5 Einzelnachweise	16

Organisationsstruktur und Personal

Die ECHA besteht größtenteils aus verschiedenen Ausschüssen und einem Sekretariat. Höchstes Gremium ist der Verwaltungsrat, welcher für die generelle Haushaltsplanung und die Ernennung des Direktors (Geert Dancet) und der Mitglieder der Widerspruchskammer zuständig ist.^[2] Der Verwaltungsrat besteht aus je einem Vertreter der 27 Mitgliedsstaaten der EU, 3 Vertretern der Europäischen Kommission sowie 2

Vertretern des Europäischen Parlaments. Vorsitzende des Verwaltungsrats ist die Vertreterin Schwedens, Nina Crommier. Stellv. Vorsitzender ist der Vertreter Irlands, Martin Lynch. ECHA ist die ausführende Kraft von REACH, eine EU-Verordnung aus dem Jahre 2006, welche die Registrierung, Bewertung und Bewilligung von Chemikalien grundlegend veränderte. Für die Harmonisierung oder Vereinheitlichung der Richtlinien zur Zulassung von Chemikalien, arbeitet ECHA eng mit den nationalen Authorisierungsbehörden zusammen.^[3]

Verbindungen zum Health and Environmental Science Institute (HESI)

- Die ECHA hat sich 2016-2017 an dem Projekt „Risk Assessment in the 21st Century“ (RISK21) des [Health and Environmental Sciences Institute](#) (HESI) beteiligt.^[4]
- [David Bell](#), Senior Scientist (Toxicology) bei der ECHA, war Mitglied des "RISK21 Steering Team" des [Health and Environmental Sciences Institute](#) (HESI)^{[5][6]}

Das HESI ist eine von der Industrie gesponserte und gesteuerte Tochtergesellschaft des [International Life Science Institute](#) (ISL). In beiden Organisationen wirkt der Glyphosat-Hersteller [Monsanto](#) mit.

Fallstudien und Kritik

2012: Mangelhafter Umgang mit Interessenskonflikten

In dem Bericht vom 19.09.2012 mahnte der [Europäische Rechnungshof](#) ECHA aufgrund deren überhöhten Ausgaben ab. 2011 beliefen sich die Ausgaben auf 93,2 Millionen Euro von denen 14 Mio. ins Jahr 2012 übertragen wurden. In diesem Zusammenhang stellte der Rechnungshof einen Verstoß gegen den Haushaltsgrundsatz der Jährlichkeit fest.^[7]

In dem Bericht verwies der Rechnungshof außerdem auf die mangelnde Außeindersetzung mit Interessenserklärungen seitens der Agentur und erklärte, einen gesonderten, umfassenden Bericht über den Umgang mit Interessenskonflikten von vier Agenturen zu veröffentlichen. Unter den untersuchten Agenturen waren neben ECHA auch die Europäische Arzneimittelagentur (EMA), die [Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) sowie die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA). Der im Oktober 2012 veröffentlichte Bericht zeigte deutlich, dass der Umgang mit Interessenskonflikten bei allen vier Agenturen unzulänglich ist. *"Obgleich die ECHA interne Vorgehensweisen und Verfahren für die Behandlung von Interessenkonflikten entwickelt hat, weisen diese, was das Personal der Agentur und die Mitglieder der Widerspruchskammer angeht, erhebliche Mängel auf."*^[1]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ ^{1,01,1} [Pressemitteilung Europäischer Rechnungshof](#), abgerufen am 07.05.2014

2. ↑ [Management Board](#) www.echa.europa.eu, abgerufen am 09.11.12
3. ↑ [REACH](#) www.echa.europa.eu, abgerufen am 09.11.2012
4. ↑ [2016-2017 Participating Organizations](#), risk21.org, abgerufen am 13.12.2017
5. ↑ [RISK21 Technical Committee Members](#), hesiglobal.org, abgerufen am 13.12.2017
6. ↑ [David R Bell](#), researchgate.net, abgerufen am 28.03.2017
7. ↑ [Bericht über den Jahresabschluss 2011 der Europäischen Chemikalienagentur](#) www.echa.europa.eu, abgerufen am 09.11.12

Monsanto

Monsanto war der weltweit größte Agrarkonzern und führende Hersteller von genmanipuliertem Saatgut. Daneben produzierte das Unternehmen vor allem Herbizide. Monsanto hatte beste Verbindungen zur US-amerikanischen Regierung einschließlich der Geheimdienste und betrieb mit zweifelhaften Methoden eine aggressive Lobbypolitik.

Im Juni 2018 ist Monsanto von [Bayer](#) übernommen worden. Mit der Übernahme wird [Bayer](#) zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut.^[1] [Bayer](#) wird den Namen

Monsanto streichen. In einer Presseerklärung von Bayer vom

7.06.2018 wird die Integration von Monsanto in den Bayer-Konzern wie folgt beschrieben: „Monsanto wird solange von Bayer unabhängig tätig sein bis Bayer den Verkauf seiner an BASF abzugebenden Geschäfte abgeschlossen hat. In dieser Zeit wird sich nichts ändern, einschließlich des Firmennamens. Auch wird Bayer die Integration von Monsanto erst dann fortsetzen, wenn die Veräußerungen an BASF abgeschlossen sind. Mit Beginn der Integration wird das Unternehmen Bayer heißen. Monsanto-Saatgut und andere Produktmarken (wie DEKALB, Asgrow, etc.) behalten ihre Markennamen und werden Teil des Portfolios von Bayer. Während der Unternehmensname mit Beginn der Integration Bayer sein wird, bleibt die rechtliche Struktur von Monsanto bestehen, bis auch dieser rechtliche Prozess abgeschlossen ist; dies wird mehrere Jahre dauern.“^[2]

Monsanto	
Branche	Agrarindustrie
Hauptsitz	St. Louis, USA
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	270 Av de Tervuren, Brüssel
Webadresse	monsanto.com monsanto.de

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	18
1.1 Deutschland	18
1.2 Europäische Union (EU)	18
1.3 USA	19
1.4 International	19
2 Fallbeispiele und Kritik	19
2.1 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	19
2.1.1 Debatte über Verbot von Glyphosat	19

2.1.2 Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	21
2.2 2016: Tribunal gegen Monsanto	23
2.3 2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA	23
2.4 2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt	24
2.5 2012/13: Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA	24
2.6 2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien	24
2.7 2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)	24
3 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	25
4 Weiterführende Informationen	25
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	25
6 Einzelnachweise	25

Lobbystrategien und Einfluss

Deutschland

Peter Bleser, Bundestagsabgeordneter und agrarpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, 2011 - 2018 Staatssekretär im **Bundeslandwirtschaftsministerium**, hat laut Greenpeace 2006 eine Patenschaft für Gen-Mais-Felder von Monsanto übernommen.^[3]

Die MONSANTO Deutschland GmbH ist Fördermitglied des Vereins **Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung** (GKB), welcher laut Satzung gemeinnützige Zwecke im Bereich des Natur- und Umweltschutzes verfolgt. Im Vordergrund ständen dabei die ökologischen Vorteile der konservierenden Bodenbearbeitung ohne Pflug^{[4], [5]}

Monsanto und weitere Glyphosat-Hersteller sind Mitglieder des **Forum Moderne Landwirtschaft**, dem auch der **Deutsche Bauernverband** angehört, dessen Präsident **Joachim Rukwied** Vorstandsvorsitzender des Forums ist.^{[6][7]} Als Interessenvertreter des Forums setzt er sich für die weitere Verwendung von Glyphosat ein. So erklärte er In einem Interview mit dem Deutschlandfunk, man sei nicht gut beraten, wenn man basierend auf unwissenschaftlichen Angskampagnen etwa Entscheidungen gegen Glyphosat treffe.^[8]

Europäische Union (EU)

Monsanto ist Mitglied der Verbände **European Seed Association** und **EuropaBio** sowie Mitglied des **International Life Sciences Institute** (ILSI). Weiterhin ist es in der **Glyphosat Task Force** (GFT) aktiv, in der 22 europäische Pflanzenschutzmittel-Unternehmen zusammenarbeiten, die einen gemeinsamen Antrag auf Wiedenzulassung von Glyphosat in der EU gestellt haben.^[9]

Das Europäische Parlament hat Lobbyisten von Monsanto die Zugangsausweise entzogen, weil diese sich geweigert hatten, an einer Anhörung zu den „Monsanto-Papieren“ am 11. Oktober 2017 im Parlament teilzunehmen.^[10]

USA

Monsanto hat gute Kontakte zu US-Geheimdiensten, dem US-Militär, der US-Regierung und privaten Sicherheitsdiensten wie der Firma Blackwater, die im Auftrag der US-Regierung Söldner in den Irak und nach Afghanistan geschickt hat. Ehemalige Monsanto-Mitarbeiter gelangten in den USA in hohe Regierungsbehörden und Ministerien, in Industrieverbände und an Universitäten. Nach Angaben der Anti-Lobby-Organisation Open Secrets Org haben 2012 19 Monsanto-Lobbyisten teilweise hochrangige Posten in der US-Administration und sogar in Kontrollbehörden eingenommen. Nach den Enthüllungen von Wiki-Leaks hat der damalige US-Botschafter in Paris 2007 der US-Regierung vorgeschlagen, eine Strafliste für die EU-Staaten aufzustellen, die den Anbau von Gentech-Pflanzen amerikanischer Unternehmen verbieten wollen.
^{[11][12]}

International

Monsanto ist Kooperationspartner des weltweit aktiven [Health and Environmental Sciences Institute](#) (HESI), einer Tochtergesellschaft des [International Life Sciences Institute](#) (ILSI).^[13]

Fallbeispiele und Kritik

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Debatte über Verbot von Glyphosat

In der EU gibt es eine Debatte, ob und wie der Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat reglementiert werden soll.^[14] Die Süddeutsche Zeitung berichtete im Juli 2015, dass das Geschäftsergebnis von Monsanto maßgeblich vom Verkauf von Glyphosat abhängt. Konzernvertreter griffen deswegen massiv in die wissenschaftliche Debatte ein und kritisierten insbesondere die Glyphosat-kritische Sicht der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Glyphosat im März 2015 als "wahrscheinlich krebserregend" einstufte.^[15] "Das Unternehmen lässt keine Gelegenheit aus, das Urteil der WHO-Krebsforscher zu diskreditieren. Monsanto-Chef Hugh Grant bezeichnet die Studie gar als 'Junk Science', also als Schrottforschung, und stellt damit die Kompetenz von 17 international anerkannten Toxikologen infrage".^[16] Monsanto verwies in diesem Zusammenhang auf das [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR), welches von der EU mit der Neubewertung der Gefährlichkeit des Unkrautvernichters beauftragt wurde und dafür der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) zuarbeiten soll. Bereits im Januar 2015 fertigte das BfR einen vertraulichen Bericht über Glyphosat an, [zu dem Monsanto und andere Hersteller von Glyphosat Zugang hatten, nicht aber Umweltschutzverbände](#). Nach Auswertung zahlreicher Studien konnte das BfR schließlich „keine Hinweise auf eine krebserzeugende, reproduktionsschädigende oder fruchtschädigende Wirkung durch Glyphosat bei Versuchstieren“ feststellen und empfahl eine erneuerte Zulassung von Glyphosat.^[17] Umweltschützer kritisierten jedoch, dass ausgerechnet im BfR-Gremium zur Bewertung von Pestiziden auch Vertreter der deutschen Chemiekonzerne BASF und Bayer sitzen.^[18] Konzerne also, die ebenfalls beträchtliche Umsätze mit dem Verkauf von Pflanzenschutzmitteln generieren und somit naturgemäß wenig Interesse an einem Verbot von Glyphosat haben. Gleiches gilt für die EFSA, in der 59% der Mitarbeiter laut einem Bericht der Corporate Europe Observatory (CEO) Verbindungen zur Landwirtschafts- oder Lebensmittelindustrie haben.^[17] Eine Analyse der Süddeutschen Zeitung kam

weiterhin zu dem dem Schluss, dass viele der vom BfR zur Bewertung herangezogenen Studien in Wahrheit Leserbriefe an Fachzeitschriften waren, die größtenteils von Monsanto-Mitarbeitern verfasst wurden.^[19] Am 27. November 2015 erhoben zudem knapp 100 Wissenschaftler:innen in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das BfR.^[20] Die Analyse der deutschen Behörde sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalte schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien "durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt".^[21]

Im März 2016 entschied eine Baumarktkette, glyphosathaltige Spritzmittel aus dem Sortiment zu nehmen.^[22]

Im Juni 2016 wurde bekannt, dass eine Initiative für "mehr Transparenz" des zuständigen EU-Gesundheitskommissars Vytenis Andriukaitis mit der Industrie abgesprochen war. Er hatte die Industrie öffentlich dazu aufgefordert, bisher geheime Krebsstudien zu Glyphosat zu veröffentlichen. Darauf reagierten Industrievertreter mit dem Versprechen, Leseräume für diese Studien einzurichten - sie waren zuvor über die Erklärung des Kommissars informiert. Die entsprechenden Zugangsmöglichkeiten zu den Dokumenten wurden jedoch nicht geschaffen.^[23]

Nachdem es im EU-Ministerrat zunächst keine Mehrheit für eine Verlängerung der Zulassung um weitere zehn Jahre gab, verlängerte die EU-Kommission die einseitig bis Ende 2017. Monsanto kündigte an, in dieser Zeit weiter Lobby- und PR-Arbeit für den Einsatz von Glyphosat zu machen.^[24] Bundeskanzlerin **Merkel** (CDU) sprach sich im August für den weiteren Einsatz aus.^[25]

Im März 2017 veröffentlichte die [Europäische Chemikalienagentur](#) ECHA eine Studie, nach der Glyphosat nicht krebserregend ist.^[26] Die ECHA bewertete dabei jedoch nur die inhärente Gefährlichkeit von Glyphosat und nicht die mit den einzelnen Verwendungen verbundenen Risiken.^[27] Fast gleichzeitig berichtete die New York Times darüber, wie Monsanto in der Vergangenheit und hinter den Kulissen Einfluss auf einzelne Wissenschaftler und auf die amerikanische Behörde EPA genommen haben soll.^[28] So soll Monsanto im Verborgenen an Studien mitgearbeitet haben, die später als Arbeiten unabhängiger Wissenschaftler ausgegeben worden seien. Ein weiterer Vorwurf lautet, das Unternehmen habe gezielt darauf hingewirkt, eine eigenständige Untersuchung des Unkrautvernichters durch das US-Gesundheitsministerium zu verhindern. Der Bericht beruht auf Dokumenten aus einem Gerichtsverfahren. Gleichwohl bestreitet Monsanto die Vorwürfe. Die amerikanischen und die europäischen Aufsichtsbehörden verlassen sich ohnehin im Wesentlichen auf Studien der Hersteller, die selbst unabhängige Forscher mit der Begründung nicht einsehen dürfen, dass Geschäftsgeheimnisse betroffen seien.^[29] Studien unabhängiger Forscher spielen nur eine untergeordnete Rolle.

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[30] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[31]

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützt die Bundesregierung die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern.^[32] Die EFSA begründet - wie das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung die Geschäftsinteressen der Urheber Monsanto und Cheminova gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europapapabgeordnete hatten die EFSA daraufhin vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit dem Argument verklagt, bei den Studien handele es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der EFSA und der Chemiekonzerne.

Im August 2018 verurteilte ein US-Gericht Monsanto zur Zahlung von 285 Mio. \$ (knapp 250 Mio. Euro) Schmerzensgeld, weil Glyphosat Krebs verursacht haben soll.^[33] Bayer will in Berufung gehen.

Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

2019 ergaben Recherchen von LobbyControl, dass zwei vermeintlich unabhängige Studien des Instituts für Agribusiness aus Gießen, die in die Wissenschaftswelt eingespeist wurden, von Monsanto finanziert waren. Nach einer ersten Anfrage durch LobbyControl, ob zwei Studien aus den Jahren 2011 und 2015 von Monsanto finanziert seien, stellte der Leiter des Instituts, Prof. P. Michael Schmitz klar, dass die Studien aus eigenem Forschungsinteresse und ohne Finanzierung durch Dritte erfolgt seien. Beide Studien warnten vor Milliarden Schäden durch ein mögliches Glyphosat-Verbot und betonten den ökologischen Nutzen von Glyphosat für die Landwirtschaft.

Bayer hat als neuer Monsanto-Eigentümer inzwischen eingeräumt, dass die Studien von Monsanto in Auftrag gegeben und mitfinanziert wurden. Das Unternehmen habe zum jetzigen Zeitpunkt keinen Anlass, an den Methoden, Inhalten oder Ergebnissen der Studien zu zweifeln. Gleichwohl entspreche der fehlende Hinweis auf die Unterstützung durch Monsanto nicht den Grundsätzen von Bayer.

Brisant ist der Vorfall auch deshalb, weil die Studien Eingang in entsprechende Fachliteratur fanden. So waren sie zum Beispiel in zwei Aufsätzen im Journal für Kulturpflanzen, einer vom Julius-Kühn-Institut herausgegebenen Zeitschrift, zu lesen. Es handelt sich dabei um ein Bundesforschungsinstitut, das dem Landwirtschaftsministerium untergeordnet ist. Die Aufsätze wurden darin von den Autoren unter dem Namen "Universität Gießen" geschrieben und erzeugten so den Eindruck universitärer Forschung zu entstammen. Und das, obwohl zwischen der Universität Gießen und dem Institut für Agribusiness keine formale Verbindung existiert. So wurde die eigentliche Herkunft der Aufsätze verschleiert. Die Gießener Studien wurden dabei in der jahrelangen Auseinandersetzung über einer Wiederezulassung von Glyphosat in der EU von Hersteller-Unternehmen als unabhängige wissenschaftliche Studien dargestellt und genutzt. Jedoch nur, um zu untermauern, dass ein landwirtschaftlicher Nutzen vorliege, da ein Verbot wirtschaftliche Schäden zur Folge hätte. Zur Debatte über Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt konnten die Studien keinen Beitrag leisten. Dass die Studien in die Debatten rund um Glyphosat eingebracht wurden, zeigt zum Beispiel der Eingang in eine Broschüre der Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, eine Lobby-Plattform der Glyphosat-Hersteller. Auf europäischer Ebene bezog sich das europäische Pendant, die Glyphosate Task Force, mehrfach auf die Gießener Studien und die daraus entstandenen Fachartikel. Dazu kommt, dass diese Studien irreführend verwendet wurden. So wird in der Broschüre „Pflanzenschutz mit dem Wirkstoff Glyphosat“ der Arbeitsgemeinschaft Glyphosat unter Bezugnahme auf die Studien des Institut für Agribusiness die Behauptung aufgestellt, „Experten“ würden die wirtschaftlichen Schaden eines Glyphosat-Verbots für die EU auf bis zu 4 Milliarden US-Dollar schätzen. Die EU müsse ohne Glyphosat 6,3 Mio. t Weizen importieren.^[34] Diese Zahlen entstammen dem Szenario der Studie, das von einem Ertragsrückgang von 20% ohne Glyphosat ausgeht. Die Autoren bezeichnen das selbst als das extremste Szenario.

Realistisch halten sie ein Szenario von -5%. In diesem Fall würde die EU laut der eigenen Studie 3,7 Mio. t Weizen exportieren. Die Aussage wäre damit eine ganz andere. Die Arbeitsgemeinschaft Glyphosat erwähnt mit keinem Wort, dass ihre Zahlen aus dem unwahrscheinlichen Extrem-Szenario kommen. Dieser Umgang mit der Studie ist irreführend.

Auch in Medien und Politik konnten die Studien vordringen. So fanden sie ihren Weg in den Glyphosat-Artikel der deutschen Wikipedia sowie in eine Literaturliste des Bundestages zu Glyphosat. Auch in einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT aus dem Jahr 2015 wird explizit auf eine der von Monsanto finanzierten Studien zurückgegriffen, in Form des Artikels aus dem Journal für Kulturpflanzen.^[35] Entsprechend der Angabe im Artikel, schreibt die Journalistin die Studienergebnisse direkt der Universität Gießen zu. Die LeserInnen des Artikels erfahren also nicht die eigentliche Herkunft der Studie. In einem weiteren Fall, bezog sich im Jahr 2011 die damalige agrarpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Bundestag während einer Debatte auf die "Untersuchungen der Universität Gießen", die gezeigt hätten, dass „ein Verbot von Glyphosat einerseits aus Sicht des Umweltschutzes völlig kontraproduktiv wäre und andererseits zu Wohlfahrtsverlusten in Milliardenhöhe führen würde“. ^[36] Dass sie sich dabei auf von Monsanto finanzierte Studien bezog, war ihr vermutlich nicht bewusst.

Der Konzern Monsanto steht bereits seit längerem in der Kritik, weil er sich mit aggressiven Lobbytechniken für die weitere Zulassung von Glyphosat einsetzt. Dazu gehört die Inszenierung von Unterstützerkampagnen über PR-Agenturen sowie die intransparente Finanzierung von Wissenschaftlern. Dabei zeigt ein Mailwechsel eines Wissenschaftlers mit Monsanto, warum externe Wissenschaftler für das Unternehmen so wichtig waren. In einer Mail schlägt Kevin Folta von der University of Florida einer Monsanto-Lobbyistin vor, in der Öffentlichkeit mit „farming mothers“, also Bäuerinnen mit Kindern zu werben. Die Lobbyistin widerspricht dem: Die Umfragen von Monsanto würden zeigen, dass nichts so gut wirke wie ein „credible third party scientist“. Also ein glaubwürdiger Wissenschaftler, der als dritte Partei fungiert und wahrgenommen wird, möglichst unabhängig von Monsanto.^[37] Wie aus einem Artikel der Wochenzeitung DIE ZEIT hervorgeht, widersprach Monsanto auf Nachfrage von ZEIT ONLINE den Anschuldigungen. Das Unternehmen arbeite transparent und „hat seine Rolle in wissenschaftlichen Kollaborationen immer vollständig eingeräumt“. ^[38] Unsere Recherchen zeigen das Gegenteil. Diese „third party“-Strategie steckt offensichtlich auch hinter den Gießener Studien.

Mit dem neuen Fall gibt es nun klare Belege, dass Monsanto auch in Deutschland in größerem Umfang Wissenschaftler finanziert und deren Forschungsergebnisse zu Lobbyzwecken verwendet hat, ohne die eigene Beteiligung daran offenzulegen. ^[39]

Im weiteren Verlauf der Recherchen, sind weitere Fälle verdeckter Finanzierung zu Tage getreten. Es handelt sich dabei um zwei Studien aus Großbritannien, die in der Fachzeitschrift „Outlooks on Pest Management“ veröffentlicht wurden – jeweils ohne Kennzeichnung, dass die Finanzierung von Monsanto stammte.^{[40][41]} Anders als im Gießener Fall ist hier allerdings klar erkenntlich, dass die beiden Studien von der Beratungsfirma RSK Adas stammen. Sowohl die Beratungsfirma als auch Bayer haben uns gegenüber bestätigt, dass Monsanto die Studien finanziert hat. Auch diese Studien nutzte Monsanto für seine Lobbyarbeit. So bezog sich die „Glyphosate Task Force“, ein Zusammenschluss von Monsanto und weiteren Glyphosat-Herstellern, die gemeinsam die Wiedezulassung von Glyphosat in der EU beantragt hatte, auf beide Studien.^[42] Auch die National Farmer's Union, also der englische Bauernverband, verwendete die Studien in der eigenen Kampagne für den Erhalt von Glyphosat. Dabei wurden die Veröffentlichungen als Forschung einer „unabhängigen“ Beratungsfirma dargestellt, was angesichts der Monsanto-Finanzierung schlicht falsch ist. Nachdem die britische Zeitung *Guardian* die National Farmer's Union im März angefragt hatte, ergänzte diese nun einen Hinweis auf die Finanzierung durch Monsanto.^[43] Auch der deutschsprachige Wikipedia-Eintrag zu Glyphosat nutzt eine der beiden Studien als Beleg für die negativen Folgen eines Glyphosat-Verbots. Die Gießener Studien sind in der Wikipedia inzwischen als Monsanto-finanziert gekennzeichnet.^[44]

Ähnlich wie bei den Gießener Studien gibt es bei einer der beiden britischen Studien Auffälligkeiten bei den zugrunde liegenden Daten und Annahmen. Der Aufsatz aus dem Jahr 2010 behandelt die ökonomischen Auswirkungen eines möglichen Glyphosat-Verbots.^[40] Dazu beziehen sich die AutorInnen auf offizielle Statistiken des britischen Landwirtschaftsministeriums. Allerdings hielte Monsanto, so heißt es im Aufsatz, die offiziellen Angaben zur Nutzung von Glyphosat für zu niedrig. Mit dem Verweis auf den Einwand Monsanto wurden für einen Teil der Analyse wesentlich höhere Werte verwendet. Anstelle einer offiziellen Befragung, die immerhin 5 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche erfasste, verwendete man nun Annahmen aus zwei selbst organisierten Workshops mit unbenannten Agrarwissenschaftlern. Diese stammten vom Verband der unabhängigen Saatgutberater, deren Vorsitzender sich in der Vergangenheit immer wieder vehement für den Erhalt der Glyphosat-Zulassung einsetzte.

Monsanto hatte also offensichtlich direkten Einfluss auf die in der Studie verwendeten Daten. Nach einer ersten Anfrage durch LobbyControl hatte die Beratungsfirma noch geschrieben, Monsanto habe keinerlei Einfluss auf die Inhalte der Veröffentlichung ausgeübt. Auf weitere Nachfragen zu der Auswahl der Daten hieß es dann, man wolle diese Fragen nicht kommentieren. An anderer Stelle werden hohe Ertragseinbußen behauptet, falls eine Form der Glyphosat-Anwendung (die Vorsaatsbehandlung) nicht mehr möglich sei. Die dafür als Beleg verwendete Quelle befasst sich aber primär mit anderen Pestiziden und kann die Annahme deshalb nicht überzeugend begründen. Auch die Anfrage seitens LobbyControl zu dieser Quelle und der hohen Annahme wurde durch die Beratungsfirma nicht beantwortet.

Im Ergebnis führt die Verwendung dieser Daten und Annahmen dazu, dass die potentiellen Umsatzeinbußen für die Landwirtschaft wesentlich drastischer ausfallen. Diese Aussage stützte Monsanto's Warnung vor Glyphosat-Verboten.^[45]

2016: Tribunal gegen Monsanto

Zwischen dem 14. und dem 16. Oktober 2016 fand in Den Haag, Niederlande, das [Monsanto Tribunal](#) statt. Dieses bezeichnet sich als eine internationale zivilgesellschaftliche Initiative, um Monsanto für Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und für Ökozid zur Verantwortung zu ziehen. Angesehene Richter hätten Zeugenberichte von Opfern gehört und würden ein Gutachten für weitere Vorgehen des Internationalen Gerichtshofes liefern. Am 18. April 2017 stellte die Gruppe ein umfangreichen Abschlussbericht vor, in dem die Geschäftspolitik des Konzerns heftig kritisiert wurde: dies betraf auch den Einfluss auf wissenschaftliche Forschungsergebnisse.^[46]

2015: Enthüllung einer PR-Kampagne von Monsanto mit kooperationswilligen Wissenschaftlern in den USA

Nach einem Bericht der „New York Times“ hat Monsanto in den USA Wissenschaftler in eine Kampagne zur Förderung gentechnisch veränderter Lebensmittel eingebunden, mit deren Durchführung das PR-Unternehmen [Ketchum](#) beauftragt wurde.^[47] Die diesbezüglichen Aktivitäten von Monsanto, der Biotechnology Industry Organisation und der Grocery Manufacturers Association sind in Tausenden von E-Mail-Seiten dokumentiert.

Wissenschaftler sind nach dem Bericht für die Lobby eine wichtige Zielgruppe, weil sie als unparteiisch und kompetent gelten und deshalb großen Einfluss auf die öffentliche Meinung sowie Politiker und Regulierer haben. Ein Teil der Wissenschaftler hat finanzielle Zuwendungen erhalten, anderen wurden Reisen nach Washington bezahlt, um dort die Interessen der Industrie zu vertreten. Weiterhin hat die Biotech-Industrie Dutzende von Artikeln unter dem Namen prominenter Akademiker veröffentlicht, die von Beratern der Industrie verfasst worden sind.

2013: Freihandelsabkommen und Gentech-Markt

Bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU, [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) (TTIP), geht es auch um die Marköffnung für genmanipulierte Pflanzen und hormonbehandeltes Rindfleisch. Chefverhandler der US-Regierung für den Bereich Landwirtschaft ist Islam Siddiqui, der von 2001 bis 2008 als registrierter Lobbyist den Branchenverband [CropLife America](#) vertrat, in dem auch Monsanto Mitglied ist.^[48]

2012/13: Kampagne gegen eine Gentechnik-Kennzeichnung in den USA

Monsanto und weitere Unternehmen sowie der Branchenverband der Lebensmittelhersteller GMA betreiben in den USA eine Medienkampagne, um die Einführung einer gesetzlichen Kennzeichnung von Gentechnik in Lebensmitteln über Volksabstimmungen zu verhindern. Insgesamt investierten sie in den Jahren 2012/2013 17 Mio. Dollar, um Stimmung gegen entsprechende Gesetze in den Bundesstaaten Kalifornien und Washington zu machen. Im Bundesstaat Washington hat der Verband auf Druck der Staatsanwaltschaft mitgeteilt, welche Mitglieder sich mit welchen Beträgen an der Kampagne beteiligen. Danach gab allein Monsanto ca. 4,6 Mio. Dollar aus, um eine Kennzeichnungspflicht zu verhindern.^[49]

2012: Einflussnahme auf wissenschaftliche Studien

2012 hatte ein Team um den Wissenschaftler [Gilles-Eric Séralini](#) herausgefunden, dass Stoffe in einer von Monsanto gentechnisch manipulierten Mais-Sorte im Langzeit-Test bei Ratten zu einer erheblich größeren Häufigkeit von aggressivem Krebs führten. Die EU hatte den Mais zugelassen. Die Zulassung beruhte auf einer anderen wissenschaftlichen Studie, die nur die Ergebnisse von 90 Tagen untersuchte. Die Studie, mit der die EU-Entscheidung wissenschaftlich belegt worden war, war im Auftrag von Monsanto erstellt worden. Nachdem die Séralini-Studie bekannt wurde, bestritt die EU-Kommission in einer Pressemitteilung, dass die Studie wissenschaftlich sei. Wenig später wurde die Studie nach dem obligaten Procedere in einem angesehenen wissenschaftlichen Journal veröffentlicht. Gleichwohl erklärte die EU, dass sie keinen Grund sehe, die Zulassung für den Gen-Mais von Monsanto zu widerrufen.^{[50][51]}

2009: Verleihung des "Angry Mermaid Award" (Preis der wütenden Meerjungfrau)

Im Jahr 2009 wurde der von Attac Dänemark, Corporate Europe Observatory, Focus on the Global South, Friends of the Earth International, Oil Change International und Spinwatch organisierte Preis für irreführendes Konzern-Lobbying nach einer Online-Abstimmung an Monsanto vergeben. Monsanto war nominiert worden, weil das Unternehmen genmanipuliertes Saatgut wie die Soja-Bohne „RoundupReady“ in aggressiver Weise als Mittel zur Lösung der Klimaproblematik ins Gespräch brachte. In Lateinamerika trägt die Verbreitung von genmanipuliertem Soja der Monsanto-Marke „RoundupReady“ zur Vernichtung des Regenwalds bei und damit zur Steigerung von Treibhausgas-Emissionen. Dennoch arbeitete ein „Runder Tisch für verantwortungsbewusstes Soja“ (Round Table on Responsible Soy, RTRS) unter Beteiligung von Monsanto daran, gentechnisch verändertes Soja als „verantwortungsbewusst“ zu kennzeichnen.^[52]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Monsanto stellte im Wesentlichen Saatgut und Pflanzenschutzmittel - u.a. das umstrittene Glyphosat - her. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag in den USA. Der Konzern hatte 2015 einen Umsatz von ca. 15 Mrd. US-Dollar und beschäftigt ca. 22.500 Mitarbeiter. In Deutschland war der Konzern über die Monsanto Agrar Deutschland GmbH mit Sitz in Düsseldorf in den Bereichen Pflanzenschutz, Saatgut, Gemüsesaatgut und Biotechnologie tätig.

Chairman und Chief Executive Officer war

- [Hugh Grant](#)

Weiterführende Informationen

- [Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft Die Tricks von Monsanto und der Beitrag der Behörden, um Glyphosat vor einem Verbot zu retten, März 2017](#)
- Eintrag zu [Monsanto bei Corporate Watch, UK](#)
- Eintrag zu [Monsanto bei CorpWatch, USA](#)
- Marie-Monique Robin (2008): Mit Gift und Genen: Wie der Biotech-Konzern Monsanto unsere Welt verändert
- Klaus Werner-Lobo, Hans Weiss (2010): Das neue Schwarzbuch Markenfirmen, aktualisierte Auflage, Eintrag: Monsanto

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.04.2020
2. ↑ [Gemeinsam schaffen wir ein führendes Unternehmen der Agrarwirtschaft](#), advancingtogetehr.com, abgerufen am 13.06.2018
3. ↑ [Monsanto Greenpeace Magazin 1.07](#), Webseite greenpeace-magazin, abgerufen am 16.07.2013
4. ↑ [Fördermitglieder der GKB e.V.](#), Webseite GKB, abgerufen am 14.11.2013
5. ↑ [Gesellschaft für konservierende Bodenbearbeitung e.V. \(GKB\) SATZUNG](#), Webseite GKB, abgerufen am 13.11.2013
6. ↑ [Bauernverbands-Präsident will weiter für Monsanto arbeiten](#), muv-nachrichten.de vom 19.08.2016, abgerufen am 29.07.2018
7. ↑ [Unsere Mitglieder](#), forum-moderne-landwirtschaft.de, abgerufen am 29.07.2018
8. ↑ [Emotionale Kampagne, wissenschaftlich nicht unterlegt](#), deutschlandfunk.de vom 25.10.2017, abgerufen am 29.07.2018
9. ↑ [Impressum](#), glyphosat.de, abgerufen am 21.12.2017
10. ↑ [Europa-Parlament entzieht Monsanto den Lobby-Zugang](#), heise.de vom 29.09.2017, abgerufen am 16.12.2017
11. ↑ Marianne Falck, Hans Leyendecker, Silvia Liebrich: Der unheimliche Konzern Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais, Süddeutsche Zeitung vom 13./14.07.2013

12. ↑ [Dämonen und Depeschen](#), 13.07.2013, sueddeutsche.de, abgerufen am 17.07.2013
13. ↑ [Current Partners](#), hesiglobal.org, abgerufen am 15.12.2017
14. ↑ Zusammenfassung dieser Debatte: [EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie](#), LobbyControl vom 01.06.2015, abgerufen am 08.04.2020
15. ↑ [WHO-Experten stufen Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend ein](#), spiegel.de vom 30.07.2015, abgerufen am 16.04.2020
16. ↑ [Monsanto: Mächtige Lobby](#), sueddeutsche.de vom 16.07.2015, abgerufen am 08.04.2020
17. ↑ ^{17,017,1} [EFSA & BfR gefährden unsere Gesundheit zugunsten der Industrie](#), lobbycontrol.de vom 01.06.2015, abgerufen am 16.04.2020
18. ↑ [Wie gefährlich ist C3H8NO5P wirklich?](#), welt.de vom 15.07.2015, abgerufen am 08.04.2020
19. ↑ [Wenn Leserbrief von Monsanto als Studien gelten](#), sueddeutsche.de vom 17.07.2015, abgerufen am 16.04.2020
20. ↑ [Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR](#), drive.google.com vom 27.11.2015, abgerufen am 08.04.2020
21. ↑ [Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung](#), sueddeutsche.de vom 30.11.2015, abgerufen am 08.04.2020
22. ↑ [Hornbach verbannt Glyphosat und bienengefährdende Stoffe](#), utopia.de vom 02.03.2016, abgerufen am 08.04.2020
23. ↑ [EU-Dokumente belegen geheime Absprachen zwischen Kommission und Glyphosat-Herstellern](#), umweltinstitut.org vom 16.06.2016, abgerufen am 08.04.2020
24. ↑ [Glyphosat: Kommission verlängert Zulassung bis 2017](#), topagrar.com vom 29.06.2016, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Merkel spricht sich öffentlich für Glyphosat aus](#), topagrar.com vom 19.08.2016, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [Glyphosate not classified as a carcinogen by ECHA](#), echa.europa.eu vom 15.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
27. ↑ [ECHA: Glyphosat](#), echa.europa.eu, abgerufen am 08.04.2020
28. ↑ [Monsanto soll Glyphosat-Studien beeinflusst haben](#), sueddeutsche.de vom 15.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
29. ↑ [Ein Mittel zur Vernichtung von Unkraut und Vertrauen](#), sueddeutsche.de vom 16.03.2017, abgerufen am 08.04.2020
30. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
31. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
32. ↑ [Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien](#), spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 08.04.2020
33. ↑ [Millionenstrafe gegen Monsanto](#), n-tv.de vom 11.08.2018, abgerufen am 08.04.2020
34. ↑ [Pflanzenschutz mit dem Wirkstoff Glyphosat](#), Arbeitsgemeinschaft Glyphosat, abgerufen am 24.03.2020
35. ↑ [Gift für mehr Wachstum](#), zeit.de vom 06.08.2015, abgerufen am 24.03.2020
36. ↑ [Plenarprotokoll 17/149](#), dipbt.bundestag.de vom 15.12.2011, abgerufen am 24.03.2020
37. ↑ [Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show](#), nytimes.com vom 05.09.2015, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Hat Monsanto Wissenschaftler gekauft?](#), zeit.de vom 11.10.2017, abgerufen am 25.03.2020
39. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 01.04.2020

40. ↑ ^{40,040,1} Cook S., S. Wynn, Clarke J.H. (2010). How valuable is glyphosate to UK agriculture and the environment? Outlook on Pest Management 21(6), S. 280–284
41. ↑ Wynn S., Cook, S. & Clarke J.H. (2014) Glyphosate use on combinable crops in Europe: implications for agriculture and the environment. Outlook on Pest Management 25 (5), S. 327–331
42. ↑ Die wirtschaftliche Bedeutung von Glyphosat-haltigen Herbiziden: Fallstudien in Großbritannien und Deutschland, glyphosat.de vom 10.12.2012, abgerufen am 01.04.2020
43. ↑ Glyphosate - the basics: Our Q&A, nfunonline.com vom 31.03.2017, abgerufen am 01.04.2020
44. ↑ Glyphosat - Wikipedia, wikipedia.org, abgerufen am 01.04.2020
45. ↑ Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien, lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 01.04.2020
46. ↑ International Monsanto Tribunal: Advisory Opinion, montsantotribunal.org vom 18.04.2017, abgerufen am 08.04.2020
47. ↑ Eric Lipton: Food Industry Enlisted Academics in G.M.O. Lobbying War, Emails Show, nytimes.com vom 05.09.2015, abgerufen am 08.04.2020
48. ↑ Der unheimliche Konzern: Monsanto - von "Agent Orange" zum genmanipulierten Mais, Süddeutsche Zeitung vom 13./14. Juli 2013
49. ↑ Gentechnik-Kennzeichnung in den USA: Nur keine Transparenz, sueddeutsche.de vom 22.11.2013, abgerufen am 08.04.2020
50. ↑ Lebensmittel: Wie Monsanto heimlich die EU unterwandert, deutsche-wirtschafts-nachrichten.de vom 01.05.2013, abgerufen am 01.04.2020
51. ↑ William Engdahl: Cancer of Corruption, Seeds of Destruction: The Monsanto GMO Whitewash, globalresearch.ca vom 19.12.2012, abgerufen am 01.04.2020
52. ↑ Monsanto gewinnt den Preis der wütenden Meerjungfrau, lobbycontrol.de vom 15.12.2009, abgerufen am 01.04.2020

Bundesinstitut für Risikobewertung

Das **Bundesinstitut für Risikobewertung** (BfR) erarbeitet Gutachten zur Lebens- und Futtermittelsicherheit sowie zur Sicherheit von Chemikalien und Produkten. Es nimmt weiterhin die Aufgaben des **Deutschen Zentrums zum Schutz von Versuchstieren** (Bf3R) wahr.

In die Kritik geraten ist das BfR wegen teils gravierender Interessenkonflikte von Mitgliedern der beratenden BfR-Expertenkommissionen. Als problematisch galten die engen Kontakte einiger Kommissionsmitglieder zum **ILSI**, einer Lobbyorganisation der Lebensmittelindustrie und die Mitgliedschaft von MitarbeiterInnen von Pestizidherstellern in der BfR-Kommission "Pflanzenschutzmittel und ihre Rückstände" (jetzige Bezeichnung: "Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte"), wo diese weiterhin präsent sind.

Bewertungen des Instituts sind von Wissenschaftlern als mit Mängeln behaftet und wissenschaftlich inakzeptabel bezeichnet worden. Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung, die im September 2017 veröffentlicht wurden, hat das Institut bei der Bewertung von Glyphosat Einschätzungen der Industrie nahezu wortwörtlich übernommen, ohne dies deutlich kenntlich zu machen.

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)



Hauptsitz	Berlin
Gründung	2002
Tätigkeitsbereich	Bewertung von Risiken für den Menschen
Mitarbeiter	1.112, davon 516 Wissenschaftler
Etat	130 Mio. € (2022)
Webadresse	www.bfr.bund.de

Inhaltsverzeichnis

1 Aufgaben	28
2 Risikokommunikation	28
3 Seitenwechsel	28
4 Fallstudien und Kritik	29
4.1 2023: Studie "Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland"	29
4.2 2021: Urteil des OLG Köln: Glyphosat-Studie durfte veröffentlicht werden	30
4.3 2017: Geheimhaltung von Glyphosat-Studien: Unterstützung durch die Bundesregierung	30
4.4 2015: Zulassung von Glyphosat: Übernahme der Einschätzung der Industrie ohne entsprechende Kennzeichnung	30
4.5 2015: Verbot von Endokrinen Disruptoren	31
4.6 2012: Insektizid Chlorpyrifos zugelassen wegen Studien der Pestizid-Industrie	31
4.7 2011: Kann DNA von gentechnisch veränderten Pflanzen in tierisches Gewebe übergehen?	32
5 Organisationsstruktur und Personal	32
5.1 Präsidium	32
5.2 Wissenschaftlicher Beirat des BfR	32
5.3 BfR-Kommissionen ^[19]	33
6 Finanzen	34
7 Weiterführende Informationen	34
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	35
9 Einzelnachweise	35

Aufgaben

Zentrale Aufgabe des BfR ist die wissenschaftliche Risikobewertung von Lebens- und Futtermitteln sowie von Stoffen und Produkten als Grundlage für den gesundheitlichen Verbraucherschutz der Bundesregierung. Das Institut hat keine Überwachungsfunktion. Es ist aber in eine Reihe von Anmelde- und Zulassungsverfahren eingebunden. Das BfR ist eine Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)

Risikokommunikation

Die Risikokommunikation des BfR in der Praxis wird in einer [Broschüre](#) erläutert. Hierzu gehört ein Stakeholderspezifischer Dialog sowie anlassbezogene Gespräche mit Verbänden, Stiftungen, Vereinen bzw. Interessengemeinschaften.

Seitenwechsel

- Im Mai 2021 verließ Frank Henkler-Stephanie das BfR und wechselte zum [Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse](#), wo er als "Senior Director Tobacco Harm" tätig ist.^[1] Beim BfR war er unter anderem für die Risikobewertung von E-Zigaretten und verwandten Produkten zuständig und wirkte bei der Zulassung neuartiger Produkte sowie bei Normungsprozessen und Jugendschutzgesetzen mit.

Fallstudien und Kritik

2023: Studie "Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland"

Nach dem globalen Tabakkontroll-Abkommen, das auch Deutschland unterschrieben hat, sollen Kontakte zwischen der Branche und der Politik, inklusive ihrer Behörden, auf das absolut Notwendige beschränkt werden.^[2] Laut der Studie [Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland](#) gab es im Berichtszeitraum nicht notwendige Interaktionen zwischen der Tabakindustrie oder ihr nahestehenden Gruppen und Mitarbeiter:innen des BfR, die wie folgt beschrieben werden:

„Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) lädt Tabakindustrie zu 22. BfR-Forum Verbraucherschutz im April 2022 ein - Thema: „Chancen und Risiken der E-Zigarette“: Nach einer Anfrage des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) zu dieser Hybrid-Veranstaltung erklärte das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), dass es drei Lobbygruppen der Tabak- und E-Zigarettenindustrie (Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse, BVTE; Bündnis für Tabakfreien Genuss, BfTG; und Verband des E-Zigarettenhandels, VdeH) zur Teilnahme eingeladen habe. Schließlich meldeten sich Personen von 29 Unternehmen oder Verbänden der Tabakindustrie, der E-Zigarettenindustrie oder verwandter Branchen an und durften teilnehmen, darunter Mitarbeitende aller großen Tabakkonzerne in Deutschland, Branchenverbände und verschiedene Lobbyorganisationen. Ein Vertreter einer Lobbygruppe der E-Zigarettenindustrie, des Bündnisses für Tabakfreien Genuss (BfTG), Dustin Dahlmann, war Podiumsteilnehmer der abschließenden Diskussionsrunde. Frank Henkler-Stephani, ein ehemaliger Mitarbeiter des Bundesinstituts für Risikobewertung, der 2021 zur Tabak- und E-Zigaretten-Lobbygruppe Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse (BVTE) wechselte, beteiligte sich aktiv als Teil des Publikums an der Diskussion. In seinem Schreiben an uns erwähnte das Institut, dass Industrieverbände wiederholt schriftlich um eine Möglichkeit zum Austausch gebeten hätten. Es erklärte, dass es die Bestimmungen von Artikel 5.3 im Vorfeld erörtert habe und dass es nicht beabsichtige, dieses Veranstaltungsformat in Zukunft zu ändern und es „der gesamten interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen“ solle. Es ist überzeugt, dass die Veranstaltung gezeigt hat, dass das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) trotz der Teilnahme von Industriegruppen „unabhängig von Interessen der Herstellerverbände seinem gesetzlichen Auftrag nachkommt“. Auf seiner Webseite schreibt das Institut: „Um seinen gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, tauscht sich das BfR mit allen relevanten Stakeholdern (NGO, Verbraucherverbänden, Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Medien) aus.“ In einem weiteren Schreiben an das Deutsche Krebsforschungszentrum erklärt das Institut, dass es in den Jahren 2021 und 2022 keine weiteren Treffen mit der Tabakindustrie gegeben habe, erklärt aber, dass es im August 2020 ein Treffen mit dem Bundesverband der Tabakwirtschaft und neuartiger Erzeugnisse (BVTE), dem Bündnis für Tabakfreien Genuss (BfTG) und dem Verband des E-Zigarettenhandels (VdeH) zum Thema E-Zigaretten und orale Nikotinprodukte durchgeführt habe. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Im Rahmen seiner Präventionsstrategie hat das BfR auch Kontakt zu Industrieverbänden. [...] Über diese Kontakte berichtet das BfR auch in einer online verfügbaren Broschüre über ‚Die Risikokommunikation des BfR in der Praxis‘. [...] Die Tabakverbände sind hier noch nicht aufgelistet, da es hier keine regelmäßigen Gespräche gibt.“

Darüber hinaus nahm Elke Pieper, eine Mitarbeiterin des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), in den Jahren 2020 und 2022 als Vertreterin des BfR an Podiumsdiskussionen teil, die vom Online-Magazin *egarage.de* organisiert und vom Bündnis für tabakfreien Genuss, einer Lobbygruppe der E-Zigarettenindustrie, gesponsert wurden. Weitere Podiumsteilnehmende bei diesen Veranstaltungen waren Mitglieder des Bundestages“

2021: Urteil des OLG Köln: Glyphosat-Studie durfte veröffentlicht werden

Nach einer am 12. Mai 2021 veröffentlichten Entscheidung des OLG Düsseldorf durfte das von der Initiative FragDenStaat angeforderte Gutachten des Bundesinstituts für Risikobewertung zu Glyphosat im Internet veröffentlicht werden.^[3] Die Veröffentlichung des Gutachtens stelle keine Urheberrechtsverletzung dar.

2017: Geheimhaltung von Glyphosat-Studien: Unterstützung durch die Bundesregierung

Laut einem Bericht des "Spiegel" unterstützt die Bundesregierung die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA bei dem Versuch, die Veröffentlichung von Studien über Glyphosat zu verhindern.^[4] Die EFSA begründet - wie das das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) - die Geheimhaltung der Studien damit, dass eine Veröffentlichung die Geschäftsinteressen der Urheber Monsanto und Cheminova gefährdet und damit geltendes EU-Recht verletzt hätte. Vier grüne Europaparlamentarier hatten die EFSA daraufhin vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) mit dem Argument verklagt, bei den Studien handele es sich um Umweltinformationen, die veröffentlicht werden müssten, selbst wenn Interessen von Unternehmen betroffen seien. Zudem sei das öffentliche Interesse in diesem Fall höher einzustufen. Die Bundesregierung ist dem Verfahren beigetreten - auf Seiten der EFSA und der Chemiekonzerne.

2015: Zulassung von Glyphosat: Übernahme der Einschätzung der Industrie ohne entsprechende Kennzeichnung

Das BfR hat im Januar 2015 einen Bericht über das Herbizid Glyphosat angefertigt, welcher an die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) übermittelt wurde. Laut einem Schreiben der EU-Kommission an die Nichtregierungsorganisation *Testbiotech* unterliegt der Bericht vollständig der Geheimhaltung und darf nicht veröffentlicht werden. Gleichzeitig hatten Monsanto und andere Hersteller von Glyphosat Zugang zu einem aktuellen Entwurf des Berichtes.^[5] Auf der Grundlage des Berichts hat die EFSA empfohlen, Glyphosat weiter zuzulassen - obwohl die Weltgesundheitsorganisation WHO ihn als „wahrscheinlich krebserregend“ bezeichnet.^[6] Am 27. November 2015 haben knapp 100 Wissenschaftler in einem offenen Brief an den EU-Gesundheitskommissar schwere Vorwürfe gegen die EFSA und das BfR erhoben.^[7] Die Analyse der deutschen Behörde sowie die darauf aufbauende Bewertung der EFSA enthalte schwerwiegende Mängel, sie sei in Teilen "wissenschaftlich inakzeptabel", und die Ergebnisse seien "durch die vorliegenden Daten nicht gedeckt".^[8]

Recherchen der Süddeutschen Zeitung (SZ) zeigen, dass das BfR bei seiner Risikoanalyse von Glyphosat Einschätzungen der Industrie übernommen hat, ohne dies deutlich kenntlich zu machen.^[9] Die Behauptung des BfR, es habe im Rahmen der EU-Wirkstoffprüfung von Glyphosat mehr als 1000 Studien, Dokumente und Veröffentlichungen umfassend geprüft und ausgewertet, treffe nicht zu. Vielmehr gebe es Hinweise, dass die Behörde schlicht die Standpunkte der Hersteller nahezu wortwörtlich übernommen habe. Dies zeige der Vergleich von Textpassagen aus dem von der Industrie eingereichten Dossier mit dem BfR-Bewertungsbericht zu Glyphosat. Wenn kritische Studien von der Industrie als unbrauchbar bezeichnet würden, dann wäre eigentlich zu erwarten, dass die Behörden diese Einschätzung besonders gründlich

prüfen. Dies sei jedoch nicht geschehen. Vielmehr seien Bewertungen der Industrie nahezu wortwörtlich wiedergegeben worden; eigene Bewertungen, die von der Behörde selbst stammten, suche man vergeblich. Laut SZ hat das BfR auf diese Weise in den letzten 15 Jahren fast alle unabhängigen Studien zu Krebsrisiken "bewertet".^[10] Das BfR habe sich zu den konkreten Vorwürfen nicht geäußert, sondern lediglich erklärt, es habe alle relevanten und verfügbaren Studien sorgfältig und detailliert in eigener Verantwortung geprüft und bewertet. Am 5.10.2017 hat das BfR in einer Presseerklärung die Plagiatsvorwürfe zurückgewiesen.^[11]

2015: Verbot von Endokrinen Disruptoren

Das **Europäische Parlament** hatte 2009 eine starke Regulierung von chemischen Stoffen auf den Weg gebracht, die auf den Menschen wie Hormone wirken, sogenannten Endokrine Disruptoren. Darunter fallen z. B. eine Anzahl von Pestiziden, die in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Industrieverbände laufen dagegen Sturm und warnen vor Ernteverlusten beim Verbot dieser Pestizide. Das BfR argumentiert ganz ähnlich wie die Industrie und äußert in einem Positionspapier von 2011 "große Bedenken" wegen der "bedeutenden wirtschaftlichen Folgen".^[12] Laut einem Spiegel-Bericht aus dem Jahr 2015 beauftragt die **EU-Kommission** auch die **Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit** (EFSA), eine Stellungnahme zum Thema zu erarbeiten.^[13] Die EFSA setzt dazu eine 18-köpfige Arbeitsgruppe ein. 8 Mitglieder haben Verbindungen zur Industrie, 3 haben bereits zu Gunsten der Industrie Stellung bezogen und nur 4 haben überhaupt wissenschaftlich zum Thema endokrine Disruptoren gearbeitet. Ergebnis der EFSA-Stellungnahme war, dass die Substanzen wie "die meisten anderen Chemikalien" behandelt werden können. Laut dem zitierten Spiegel-Bericht erschien kurz vor Fertigstellung der Efsa-Einschätzung ein Bericht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und des Umweltschutzprogramms der Vereinten Nationen (Unep) zum selben Thema. Das Ergebnis lautete kurz zusammengefasst: Endokrine Disruptoren stellten "eine globale Bedrohung" dar und müssten reguliert werden". Im Jahr 2015 stellte der Europäische Gerichtshof in einem Urteil fest, dass die Europäische Kommission mit ihrer Untätigkeit das EU-Recht missachtet habe.^[14] Darauf kündigte diese 2016 die lang ersehnten wissenschaftlichen Kriterien an, wie hormonaktive Substanzen zu erkennen seien.

2012: Insektizid Chlorpyrifos zugelassen wegen Studien der Pestizid-Industrie

Das Insektizid Chlorpyrifos, das gegen Ameisen eingesetzt wird, ist in den USA seit 2001 für den Haus- und Gartenbedarf verboten. Der Grund: Chlorpyrifos sei gesundheitsgefährdend. Bei uns ist es zugelassen, frei verkäuflich und eines der meist verkauften Insektizide.

Zuständig für die Begutachtung des umstrittenen Ameisenmittels ist das BfR. Das BfR verweist auf Studien, die angeblich die Ungefährlichkeit des Ameisengiftes nachweisen. Report MÜNCHEN fand heraus, dass solche Studien von der Pflanzenschutz-Industrie meist selbst in Auftrag gegeben und in der Regel auch bezahlt werden. Es sind sogenannte "Graue Studien". Diese sind nicht veröffentlicht worden und können von unabhängigen Forschern oft gar nicht überprüft werden. Report MÜNCHEN stellt fest, dass einige der ExpertInnen der zuständigen **Kommission für Pflanzenschutzmittel** direkt aus der Pestizid-Industrie kommen – 2 sind von **Bayer**, einer von **BASF** und einer arbeitet für **Syngenta**. Im Laufe der Report MÜNCHEN - Recherchen hat das BfR bekannt gegeben, dass es jetzt eine erneute Überprüfung der Ameisenmittel mit Chlorpyrifos fordert.^[15]

2011: Kann DNA von gentechnisch veränderten Pflanzen in tierisches Gewebe übergehen?

Die **BfR-Kommission für genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel** hat sich intensiv damit befasst, ob DNA-Bestandteile von gentechnisch veränderten Pflanzen (GVO) in tierisches Gewebe übergehen können.

Da die Einschätzung dieser Frage unmittelbare Auswirkungen auf die Kennzeichnungspflicht von mit Gentechnik hergestellten tierischen Produkten hat, ist diese Thema für den Verbraucher von besonderer Relevanz. Bereits 2004 befassten sich 3 Experten der Kommission mit diesem Thema und kamen zu dem Ergebniss das "kein Übergang von gentechnisch veränderten Komponenten" nachweisbar ist. Anders lautende Studien, so stellten die Autoren damals fest, lägen nicht vor. Diese Stellungnahme war eine direkte Reaktion auf einen Bericht von **Greenpeace** aus dem selben Jahr, der sich auf eine Studie der Uni München bezog, welche DNA-Abschnitte aus genetisch veränderten Futterpflanzen in tierischen Gewebe festgestellt hatte.

Trotz zahlreicher in den Folgejahren veröffentlichter Studien, die eine Kontamination von tierischem Gewebe mit DNA-Abschnitten aus gentechnisch veränderten Futterpflanzen nachwiesen, blieben die BfR-Experten bei ihrer Einschätzung. Eine Publikation italienischer Wissenschaftler (Tudisco et al., 2010) nahm die BfR-Kommission schließlich zum Anlass sich erneut mit dieser Thematik zu befassen. Nach "kritischer Prüfung" kam die Kommission zu der Einschätzung, "dass sich aus der Studie keine neuen Erkenntnisse hinsichtlich eines Transfers rekombinanter DNA aus gentechnisch veränderten Pflanzen auf höhere Tiere und dessen potentielle Auswirkungen ableiten lassen." Lediglich mit einem Satz räumen die Experten des BfR in ihrer 5-seitigen Stellungnahme ein, dass sich die Sachlage gegenüber dem Kenntnisstand von 2004 tatsächlich verändert hat.^[16]

Was das für die Risikobewertung gentechnisch veränderter Pflanzen bedeutet, kann derzeit schwer abgeschätzt werden. Trotzdem gelangte die Expertenkommission zur der Auffassung, dass keine weiteren Untersuchungen nötig seien.

Organisationsstruktur und Personal

Präsidium

Präsident	Andreas Hensel
Vizepräsidentin	Tanja Schwerdtle

(Stand: November 2023) Quelle: ^[17]

Wissenschaftlicher Beirat des BfR

Der Wissenschaftliche Beirat des BfR setzt sich aus 17 WissenschaftlerInnen verschiedener Universitäten und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen zusammen. Er hat vorrangig die Aufgabe, das BfR bei seiner Schwerpunktsetzung in der Forschung zu beraten. Zudem berät er das BfR bei der Besetzung der BfR-Kommissionen.^[18]

BfR-Kommissionen^[19]

Die Mitglieder der BfR-Kommissionen sollen als externe, unabhängige Sachverständige die Arbeit des BfR unterstützen.

BfR-Kommission	Mitglieder
Bedarfsgegenstände	
Bewertung von Vergiftungen	
Deutsches Zentrum zum Schutz von Versuchstieren (Bf3R)	Mitglieder sind u.a. ^[20] : Barbara Birks, BASF ; Julia Scheel, Röhm AG (Anbieter der Methacryl-Chemie); Bernward Gasthoff, Geschäftsführer der Bio Clustermanagement NRW GmbH, ehem. Bayer -Manager, 2006-2009 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie im Verband der Chemischen Industrie (VCI) ^[21]
Biologische Gefahren und Hygiene	
Ernährungsrisiken, neuartige Lebensmittel und Allergien	
Evidenzbasierte Methoden in der Risikobewertung	
Futtermittel und Tierernährung	
Genetisch veränderte Lebens- und	Mitglieder sind u.a. ^[22] : Hermann-Josef Baaken, Sprecher der Geschäftsführung des Verbands Tiernahrung e.V., CDU-Kommunalpolitiker, ehem. Lobbyist bei Bayer CropScience ^[23] ; Johannes Meyer, HMO Global Regulatory Affairs Associate Partner beim

BfR-Kommission	Mitglieder
Futtermittel	Biotechnologieunternehmen Chr. Hansen GmbH; Kerstin Schmidt, Geschäftsführerin der BioMath GmbH.
Kontaminanten in der Lebensmittelkette	
Kosmetische Mittel	
Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte	Von den Mitgliedern sind zwei bei der BASF und je eine Person bei Bayer SAS , Thor GmbH, Syngenta Crop Protection AG und Stockmeier Chemie beschäftigt ^[24]
Risikoforschung und Risikowahrnehmung	
Tätowiermittel	
Wein- und Fruchtsaftanalysen	

Das BfR ist der nationale Partner der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA).

Finanzen

Das Budget des BfR beträgt 130 Mio. € (Stand 2022)^[25]

Weiterführende Informationen

- [Index zur Einflussnahme der Tabakindustrie in Deutschland 2023](#)
- [Helmut Butscher-Schaden, Peter Clausing und Claire Robinson: Glyphosat und Krebs: Gekaufte Wissenschaft, Hrsg. GLOBAL 2000 Friends of the Earth Austria, März 2017](#)
- Die aktualisierte Studie von "TestBiotech" zum Einfluss der Industrie auf das BfR lautet: [Andreas Bauer-Pankus & Christoph Then: Der lange Arm der Industrie: Einflussnahme auf Forschung und Behörden in Deutschland im Bereich Gentechnik und Lebensmittelsicherheit, Hrsg. Test Biotech, Veröffentlichungsjahr: 2015](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Index Einflussnahme Tabakindustrie Deutschland 2023](#), dkfz.de, abgerufen am 21.11.2023
2. ↑ [Wie 90 Tabak-Lobbyisten Behörden und Politiker beeinflussen](#), sueddeutsche.de vom 14.11.2023, abgerufen am 25.11.2023
3. ↑ [Kein „Zensurrecht“ bei Veröffentlichungen des Glyphosat-Gutachtens](#), lto.de vom 12.05.2021, abgerufen am 12.05.2021
4. ↑ [Bundesregierung hilft bei Geheimhaltung von Glyphosat-Studien](#), spiegel.de vom 07.12.2017, abgerufen am 07.12.2017
5. ↑ [EU-Kommission stuft Bericht über Glyphosat als geheim ein ...](#) Testbiotech vom 18.08.2015, abgerufen am 24.08.2015
6. ↑ [Wahrscheinlich \(nicht\) krebserregend](#) Taz vom 12.11.2015, abgerufen am 13.11.2015
7. ↑ [Open Letter: Review for the Carcinogenicity of Glyphosate by EFSA und BfR](#), drive.google.com, abgerufen am 03. 12. 2015
8. ↑ [Wissenschaftler protestieren gegen Glyphosat-Bewertung](#), Süddeutsche.de vom 30. November 2015, abgerufen am 03. 12. 2015
9. ↑ [Neue Zweifel am Urteil](#), sueddeutsche.de vom 17.09.2017, abgerufen am 19.09.2017
10. ↑ [Wenn Monsanto die Risiken einfach selbst bewertet](#), sueddeutsche.de vom 22.09.2017, abgerufen am 23.09.2017
11. ↑ [Haltlose Vorwürfe gegen wissenschaftliche Bewertungsbehörden](#), bfr.bund.de vom 05.10.2017
12. ↑ [BfR-Positionspapier \(engl.\): REGULATORY DEFINITION OF AN ENDOCRINE DISRUPTER IN RELATION TO POTENTIAL THREAT TO HUMAN HEALTH](#) BfR vom 16. Mai 2011, abgerufen am 28.05.2015
13. ↑ [EU-Chemikalienregulierung: Wie die Industrie in Brüssel ihren Willen bekommt](#) Spiegel-Online vom 20.05.2015, abgerufen am 28.05.2015
14. ↑ [Lobby Planet Brüssel](#), Deutsche Ausgabe: September 2017, S. 143
15. ↑ [Wie unabhängig sind Experten des Bundesinstituts für Risikobewertung?](#) report MÜNCHEN vom 07.08.2012, abgerufen am 12.06.2013
16. ↑ [Webseite BfR - Gentransfer aus Futterpflanzen auf höhere Tiere](#), abgerufen am 24.05.2012
17. ↑ [Webseite BfR - Präsidium](#), abgerufen am 20.11.2023
18. ↑ [Webseite BfR - Wissenschaftlicher Beirat](#), abgerufen am 23.11.2023
19. ↑ [Webseite BfR - Kommissionen](#), abgerufen am 03.06.2017
20. ↑ [Mitglieder](#), bfr.bund.de, abgerufen am 5.11.2023
21. ↑ [Expertise](#), bgb-beratung.de, abgerufen am 25.11.2023
22. ↑ [Mitglieder](#), bfr.bund.de, abgerufen am 22.11.2023
23. ↑ [Profil](#), linkedin.com, abgerufen am 21.11.2023
24. ↑ [Mitglieder](#), bfr.bund.de, abgerufen am 20.11.2023
25. ↑ [Webseite BfR - Zahlen und Fakten](#), abgerufen am 21.11.2023

ExxonMobil

Die ExxonMobil Corporation (**ExxonMobil**) mit Sitz in Irving /Texas ist ein international tätiger Mineralölkonzern, der zu den weltweit führenden Unternehmen in den Bereichen Mineralöl, Erdgas und Petrochemie gehört. Der Geschäftsbetrieb des Konzern besteht in der Erschließung und Förderung von Erdgas und Erdöl über deren Vermarktung bis hin zur Raffinerie von Mineralölprodukten wie Kraftstoffen, Schmiermitteln und anderen Chemieprodukten.^[1] ExxonMobil erzielte 2021 einen Umsatz in Höhe von ca. 277 Mrd. Dollar. Die deutschen Esso, Mobil und ExxonMobil Gesellschaften sind in einen gemeinsamen Konzernverbund der ExxonMobil Central Europe Holding GmbH (Exxon Mobil Central Europe) integriert. 2022 profitierte der Konzern massiv von hohen Energiepreisen und erzielte einen Rekordgewinn in Höhe von 59 Mrd.Dollar.^[2] Wegen der geplanten Übergewinnsteuer hat ExxonMobil die EU verklagt.

Obwohl ExxonMobil die klimaschädlichen Auswirkungen fossiler Brennstoffe seit langem bekannt waren, hat der Konzern Zweifel an diesem Zusammenhang gestreut und Politiker, Wissenschaftler, Medien, Verbände, Stiftungen, Universitäten und Denkfabriken, die den menschengemachten Klimawandel in Frage stellen, massiv unterstützt.^{[3][4][5]} Seit kurzem gibt sich ExxonMobil ein grünes Image^[6] und hat das Sponsern von Klimaleugner-Organisationen eingestellt oder zumindest reduziert. Allerdings unterstützt ExxonMobil weiterhin mit Millionenbeträgen die [U.S. Chamber of Commerce](#), die nach Recherchen der Denkfabrik InfluenceMap immer noch als signifikanter Blockierer der US-Klimapolitik agiert.^{[7][8]} Bei der Lobbyarbeit konzentriert sich ExxonMobil nunmehr auf die Förderung von CNG (komprimiertes Erdgas), LNG (Flüssigerdgas) und bio- und synthetischem Methan (Powerfuels) als alternative Kraft- und Brennstoffe.

ExxonMobil	
Branche	Energie und Rohstoffe
Hauptsitz	Irving/Texas
Lobbybüro Deutschland	Luisenstr. 40, Berlin
Lobbybüro EU	EMEA Headquarters, Hermeslaan 2, Machelen (Brüssel)
Webadresse	corporate.exxonmobil.com corporate.exxonmobil.de

Inhaltsverzeichnis

1 Ausgewählte Konzerngesellschaften	37
2 Lobbystrategie und Einfluss	37
2.1 ExxonMobil Corporation	37
2.2 ExxonMobil Petroleum & Chemical	37
2.3 ExxonMobil Central Europe	38
3 Lobbyarbeit für blauen Wasserstoff	38
4 Beteiligung an Initiativen der dena zur Förderung der Erdgasmobilität und Powerfuels	38
4.1 Initiative Erdgasmobilität und ihre LNG-Task-Force	39
4.2 Global Alliance Powerfuels	39
5 Geschäftsfelder	39
6 Mitgliedschaften	40
7 Fallbeispiele	40
7.1 2023: Kampagne "recycling is real"	40
7.2 Jahrzehntelange Leugnung eines Zusammenhangs zwischen fossilen Brennstoffen und Klimawandel wider besseres Wissen	41
7.3 Ende 2022: Klage gegen die EU-Übergewinnsteuer	42
7.4 2015: Umstrittenes Kooperationsmodell zwischen Gymnasien und Energiekonzernen beendet	42

7.5 2006: ExxonMobil als einer der Gewinner des Worst EU Lobby Awards	42
7.6 Weiterführende Informationen	42
8 Einzelnachweise	42

Ausgewählte Konzerngesellschaften

- ExxonMobil Corporation mit Sitz in den USA (Konzernobergesellschaft). Das Management committee ist [hier](#) abrufbar
- ExxonMobil Central Europe Holding mit Sitz in Hamburg, zuständig für die Lobbyarbeit in Deutschland über die Hauptstadtrepräsentanz in Berlin. Die Geschäftsführung ist [hier](#) abrufbar
- ExxonMobil Petroleum & Chemical mit Sitz in Machehen (Brüssel), zuständig für die Lobbyarbeit in Brüssel. Präsident des Verwaltungsrats ist Jan Miechielsen
- Deutsche Gesellschaften: Esso Deutschland, ExxonMobil Gas Marketing Deutschland, ExxonMobil Production Deutschland

Lobbystrategie und Einfluss

ExxonMobil Corporation

2022 gab die ExxonMobil Corporation 5,4 Mio. Dollar für Lobbying aus.^[9] 34 von 47 im Jahr 2022 bei dem Konzern beschäftigten Lobbyist:innen waren zuvor im öffentlichen Dienst tätig. Die von der ExxonMobil Corporation detailliert geschilderten Lobbyaktivitäten in den USA sind [hier](#) abrufbar. Die Angaben beziehen sich auf State Lobbying, Federal Lobbying, Trade Associations, think tanks, and coalitions und Grassroot lobbying communications. Danach unterstützte ExxonMobil im Jahr 2021 das American Petroleum Institute (Interessenverband der US-amerikanischen Öl- und Gasindustrie), dessen Mitglied der Konzern ist, mit 10 bis 12,5 Millionen Dollar. Zwischen 1 und 2,49 Mio. Dollar flossen an die [U.S. Chamber of Commerce](#) und zwischen 500 und 999 Tsd. Dollar an das U.S. Chamber Institute for Legal Reforms. 2021 sponserte ExxonMobil seine unter der Bezeichnung „Exxchange“ agierende Grassroots-Community mit insgesamt 1,145 Mio. Dollar.^[10] Themen waren: Carbon capture and storage, Technology and climate change, Economic impact of energy, Reducing methane emissions, Manufacturing in the United States, Oil and gas production.

2021 beschrieb ein Lobbyist von ExxonMobil gegenüber einem Greenpeace-Aktivisten, der sich als Headhunter ausgab, die Unterstützung einer CO2-Steuer als Show, die dem Konzern einen klimafreundlicheren Anstrich gibt.^[11]

ExxonMobil Petroleum & Chemical

Für die Lobbytätigkeit in Brüssel ist die ExxonMobil Petroleum and Chemical zuständig. Im EU Transparenzregister gibt das Unternehmen an, (Stand: 21.11.2022) im Jahr 2021 3,5 bis 3,99 Mio. Euro auszugeben und 12 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 5,5) zu beschäftigen.^[12] Vice President EU Affairs ist Nikolaas Baeckelmans. Zwischen 2015 und 2022 gab es 43 Treffen zwischen Mitarbeitern von ExxonMobil

und Vertreter der EU-Kommission, teilweise auch mittels Videokonferenzen. Als anvisierte Strategien oder Legislativvorschläge der Union wurden im EU Transparenzregister u.a. genannt: Emissions Trading System, Methane Regulation, Decarbonized Gas and Hydrogen Package, Gas Regulation, Hydrogen Strategy, Carbon Capture Utilization and Storage Strategy (CCUS), Renewable Energy Directive (RED), Taxonomy Regulation, Industrial Emissions Directive (IED), Regulation on the deployment of Alternative Fuels Infrastructure, Revision of REACH Regulation, Chemical Strategy for Sustainability.

ExxonMobil Petroleum and Chemical hat 2021 die folgenden Lobby-Agenturen eingeschaltet: [BCW](#) (Kosten: 300.000-399.999 Euro), [NOVE](#) (Kosten: 100.000-199.999 Euro), [FTI Consulting](#) (Kosten: 400.000- 499.999 Euro).

ExxonMobil Central Europe

Die ExxonMobil Central Europe betreibt Interessenvertretung für sich selbst und die Tochterunternehmen ExxonMobil Production Deutschland GmbH und ESSO Deutschland GmbH vornehmlich in den Bereichen Energiepolitik, Klimapolitik, Verkehrspolitik, Forschungspolitik, Logistik und Chemikalienrecht mit dem Ziel einer technologieoffenen Umsetzung der Energiewende.^[13]

Im deutschen Lobbyregister gibt ExxonMobil Central Europe an, (Stand: 25.02.2022) im Jahr 2021 610.001 bis 620.000 Euro auszugeben und 1 bis 10 Lobbyist:innen zu beschäftigen. Namentlich genannt werden 5 Personen. Leiterin der Hauptstadtrepräsentanz in Berlin ist [Kathrin Falk](#).

Lobbyarbeit für blauen Wasserstoff

Im Jahr 2020 erarbeitete die EU-Kommission eine Wasserstoffstrategie, um den Einsatz des neuen Energieträgers voranzutreiben. Abhängig vom Herstellungsverfahren unterscheidet man verschiedene Arten des Wasserstoffs: Während der sogenannte grüne Wasserstoff nicht auf fossile Energieträger angewiesen und gänzlich CO₂-neutral ist, trifft dies nicht auf alle Wasserstoff-Arten zu. In der EU-Wasserstoffstrategie spielt sogenannter blauer Wasserstoff, der aus Erdgas gewonnen wird, eine wichtige Rolle – es wurden Summen im Milliardenbereich für die bei dessen Herstellung verwendete, umstrittene CO₂-Speichertechnologie CCS eingeplant. Während der Erarbeitung der Wasserstoffstrategie war die Gaslobby äußerst aktiv. In diesem Zeitraum forderte eine Koalition von Unternehmen und Verbänden, darunter auch ExxonMobil, in einem Brief an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dass die Wasserstoffstrategie alle Arten von Wasserstoff, auch den blauen, miteinbeziehen sollte.^[14]

Beteiligung an Initiativen der dena zur Förderung der Erdgasmobilität und Powerfuels

Die Deutsche Energie-Agentur ([dena](#)), ein öffentliches Unternehmen in Bundeseigentum, versteht sich als Kompetenzzentrum für angewandte Energiewende und Klimaschutz. Sie sucht in enger Kooperation mit Unternehmen und Wirtschaftsverbänden Lösungen für Energieeffizienz und die Energiewende.

Initiative Erdgasmobilität und ihre LNG-Task-Force

ExxonMobil ist Mitglied der Initiative Erdgasmobilität, die unter der Schirmherrschaft des Bundesverkehrsministeriums steht und durch die [dena](#) koordiniert wird. In dieser Initiative haben sich Fahrzeughersteller, Tankstellenbetreiber sowie die Erdgas- und Biogaswirtschaft zusammengeschlossen, um den Anteil von Erdgas am Kraftstoffmix - wie von der Bundesregierung angestrebt - auf vier Prozent zu steigern.^{[15][16]} Im Jahr 2015 hat dena gemeinsam mit dem Verein des Gas- und Wasserfaches (DVGW) und dem PR-Verband [Zukunft Gas](#) die [LNG Taskforce](#) als branchenübergreifenden Ansprechpartner für Erdgas und erneuerbares Methan als Kraftstoff in Deutschland gegründet.^[17]

Nach dem „Projekt Klima-Erdgas-Emissionen-LNG (KEEL) - Methanemissionen und Klimabilanz von Erdgas“ der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (Projektstand: 01.01.2022) kann Erdgas als Brückentechnologie nur dann ein Teil einer Strategie zur kurzfristigen Vermeidung von Treibhausgasemissionen sein, wenn gezielt Maßnahmen zur Eindämmung bzw. Vermeidung von Methanemissionen entlang der Lieferkette ergriffen werden.^[18] Methan als Hauptbestandteil von genutztem Erdgas sei nach Kohlendioxid das zweitschädlichste Treibhausgas. Rund ein Drittel der globalen Erderwärmung sei bis jetzt auf Methan in der Erdatmosphäre zurückzuführen.

Global Alliance Powerfuels

[Global Alliance Powerfuels](#) ist von der dena mit 16 [Partnern](#) aus der Wirtschaft initiiert worden, um die Entwicklung eines globalen Marktes für Powerfuels zu fördern. Inzwischen sind weitere Partner hinzu gekommen, zu denen auch ExxonMobil gehört.^[19] Die dena definiert Power Fuels wie folgt: „Die Idee der Umwandlungstechnologien „Power to X“ ist es, Wasser mithilfe von Strom durch Elektrolyse aufzuspalten und den gewonnenen Wasserstoff entweder direkt zu nutzen oder zu Methan oder flüssigen Energieträgern weiterzuverarbeiten. Die mithilfe von Power-to-X-Technologien erzeugten gasförmigen und flüssigen Kraft- und Brennstoffe nennt man „Power Fuels“. Durch Verwendung von EE-Strom und nichtfossilen Quellen sind Power Fuels klimaneutrale erneuerbare Energieträger, die gasförmig und flüssig als unterschiedlichste Brenn- und Kraftstoffe verwendet sowie als Grundstoffe in der chemischen Industrie eingesetzt werden können“.^[20]

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen sieht nur eingeschränkte sinnvolle Einsatzmöglichkeiten für Wasserstoff: "Die staatliche Förderung von grünem Wasserstoff und Folgeprodukten sollte auf die Verbrauchssektoren fokussiert werden, in denen der Einsatz langfristig erforderlich ist. Dazu gehören vor allem die chemische Industrie, die Stahlindustrie sowie der internationale Schiffs- und Flugverkehr. Für Gebäudeheizungen und im Pkw-Verkehr ist die Nutzung von Wasserstoff hingegen ineffizient und deutlich teurer als eine direkte Elektrifizierung mittels Wärmepumpen und batterieelektrischen Fahrzeugen."^[21]

Geschäftsfelder

Die ExxonMobil Corporation ist in den folgenden Geschäftsbereichen tätig: Low Carbon Solutions (CO₂-Speichertechnologie CCS, Wasserstoff und schadstoffarme Kraftstoffe), Product Solutions Company (Verarbeitung und Vermarktung von Mineralöl- und petrochemischen Produkten) und Upstream Company (Suchen und Fördern von Erdgas und Erdöl).^[22] ExxonMobil in Deutschland gliedert sich in die Geschäftsbereiche Upstream (Suchen und Fördern von Erdgas und Erdöl), Downstream (Verarbeitung und Vermarktung von Mineralölprodukten) und Chemical (petrochemische Produkte).^[23]

Die geplanten Umweltschutzmaßnahmen werden im [Fortschrittsbericht Advancing Climate Solutions 2022](#) erläutert.

Mitgliedschaften

Laut deutschem Lobbyregister (Eintrag vom 25.02.2022) ist die ExxonMobil Central Europe Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [eFuel alliance](#) (eFuels sind synthetische Kraftstoffe, die mithilfe von erneuerbaren Energien aus Wasserstoff und Kohlendioxyd hergestellt werden)
- [Verband der Chemischen Industrie](#)
- [AmCham EU](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft](#)
- [Bundesverband Erdöl, Erdgas und Geoenergie](#)
- [Deutsche Wissenschaftliche Gesellschaft für Erdöl, Erdgas und Kohle](#)
- [Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches](#)
- [Forum für Zukunftsenergien](#)
- [en2x Wirtschaftsverband Fuels und Energie](#) (Themen: CO2-neutraler Wasserstoff, alternative Kraft- und Brennstoffe, neue Produkte für die chemische Industrie, Ladestationen für Elektroautos)
- [Verband der Automobilindustrie](#)
- [dena Global Alliance Powerfuels](#) (Power Fuels sind synthetische, gasförmige oder flüssige Kraft- und Brennstoffe, die mithilfe von erneuerbaren Energien erzeugt werden)

Laut EU Transparenzregister (Eintrag vom 21.11.2022) ist ExxonMobil Petroleum and Chemical Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Concawe](#)
- [International Association of Oil & Gas Producers \(IOPG\)](#)
- [European Chemical Industry Council \(CEFIC\)](#)
- [AmCham EU](#)
- [Businesseurope](#)
- [Plastics Europe](#)
- [Petrochemicals Europe](#)
- [Zero Emissions Platform \(ZEP\)](#)
- [European Energy Forum](#)
- [Kangaroo Group](#)

Fallbeispiele

2023: Kampagne "recycling is real"

Der amerikanische Verband [Plastics Industry Association](#), in dem Exxon Mobil Mitglied ist, betreibt seit 2023 die Kampagne [recycling is real](#).

Das [Center for Climate Integrity](#) kritisiert in seiner Bestandsaufnahme für die USA ([The Fraud of Plastic Recycling, 2024](#)) die Täuschung von Verbrauchern, politischen Entscheidungsträgern und Aufsichtsbehörden über die Durchführbarkeit des Kunststoffrecyclings. Petrochemische Unternehmen hätten dadurch seit Jahrzehnten die kontinuierliche Ausweitung der Kunststoffproduktion sichergestellt,

Laut des [Plastic-Waste-Markers-Index](#) der australischen [Munderoo Foundation](#) steht der Mineralölkonzern ExxonMobil an der Spitze der Hersteller von Einweg-Kunststoffen.

Seit dem Jahr 2015 glauben die Verbraucher immer weniger an das Kunststoffrecycling. Mikroplastik und Kunststoffstrudel im Meer beunruhigen. Dies habe dazu geführt, dass die petrochemische Industrie erneut in die Offensive gehen musste.

Seit 2017 werde das „advanced recycling“, auch chemisches Recycling genannt, von der Industrie propagiert und solle das mechanische Recycling sehr wirksam ergänzen.

Bereits 1994 habe der Exxon Chemical Vice President Irwin Levowitz diese Methode als „grundlegend unwirtschaftlich“ bewertet. [The Fraud of Plastic Recycling] Die Kunststoffe müssen für das Recycling rein sortiert sein und der Prozess der Pyrolyse erfordert einen hohen Energieeinsatz. Als „major developer and champion of advanced recycling“ wird ExxonMobil von [Plastics Industry Association](#) vorgestellt. [24]

Ein im Oktober 2023 veröffentlichter Bericht von [Beyond Plastics](#) [25] zeigt, dass nur 1,3% des Kunststoffabfalls der USA dem chemischen Recycling zugeführt werden. Nur bis zu 14 % der Materialien, die über "fortschrittliches Recycling" verarbeitet werden, können zur Herstellung neuer Kunststoffprodukte verwendet werden.

In Deutschland werden Kunststoffe zu 0.4% chemisch aufgearbeitet („advanced recycling“) . [26]

Jahrzehntelange Leugnung eines Zusammenhangs zwischen fossilen Brennstoffen und Klimawandel wider besseres Wissen

Wissenschaftler von ExxonMobil haben bereits seit den 70er Jahren Studien zur Klimafolgenforschung betrieben, die zum Ergebnis kamen, dass das unbegrenzte Verbrennen fossiler Energien zu einer massiven Erderwärmung mit drastischen Konsequenzen für das Leben auf der Erde führt. [27] Der Konzern vertuschte seit den 70er-Jahren die vom eigenen Forschungsteam herausgefundenen Zusammenhänge zwischen CO₂-Emission und Klimaerwärmung. In öffentlichen Erklärungen widersprach das Unternehmen systematisch den eigenen Forschungsergebnissen, kritisierte Klimamodelle, verbreitete den Mythos globaler Abkühlung und täuschte Unwissenheit vor. [28] Der damalige Exxon-Mobil-CEO Lee Raymond behauptete 1999, die Klima-Projektionen der Wissenschaft basieren auf komplett unbewiesenen Modellen und seien reine Spekulation. [29] Unter #exxonknew [30] wurden seit 2015 bereits viele Fakten zusammengetragen, um eine Klage gegen Exxon anzustrengen. Exxon diskreditierte die Akteure als Aktivisten, die Exxon stigmatisieren möchten. [31]

Die Wissenschaftshistorikerin Naomi Oreskes und ihr Kollege Geoffrey Supran von der Harvard University und der Klimawissenschaftler Stefan Rahmstorf vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung verglichen nun erstmals die originalen Analysen und Vorhersagen von Exxon-Forschern aus der Zeit von 1977 bis 2003 mit bisher gemessenen Erdtemperaturen sowie aktuellen wissenschaftlichen Simulationen. Ihre Studie [Assessing ExxonMobil's global warming projections](#) ist am 13. Januar 2023 in der Wissenschaftszeitschrift Science veröffentlicht worden. Nach dem Ergebnis dieser Studie sagten die Exxon-Wissenschaftler genau voraus, wann die vom Menschen verursachte globale Erwärmung zum ersten Mal festgestellt werden würde, und schätzten das "Kohlenstoffbudget" für eine Begrenzung der Erwärmung auf unter 2°C angemessen ein. In jedem dieser Punkte widersprachen die öffentlichen Erklärungen des Unternehmens zur Klimawissenschaft jedoch seinen eigenen wissenschaftlichen Daten.

Ende 2022: Klage gegen die EU-Übergewinnsteuer

ExxonMobil hat die EU wegen der geplanten Steuer auf Übergewinne für Energiekonzerne verklagt.^[32] Mit dem Geld sollen Entlastungen für Bürger und Unternehmen finanziert werden. Nach eigenen Angaben würde die Steuer den Konzern über 2 Mrd. Dollar kosten.

2015: Umstrittenes Kooperationsmodell zwischen Gymnasien und Energiekonzernen beendet

Die niedersächsische Landesregierung hat 2015 ein Kooperationsprojekt zwischen Gymnasien und Energiekonzernen wie ExxonMobil und RWE nach öffentlicher Kritik beendet.^[33] Grundlage der Entscheidung war die Antikorruptionsrichtlinie des Landes.

2006: ExxonMobil als einer der Gewinner des Worst EU Lobby Awards

Sieger der Worst EU Lobby Awards im Jahr 2006 für die schlimmsten Manipulateure und Meiningsmacher im Rahmen des EU-Lobbyismus waren ExxonMobil und die Generaldirektion Binnenmarkt der EU-Kommission.^[34] Der Ölkonzern wurde damit für sein beharrliches Bemühen ausgezeichnet, eine sinnvolle und faire öffentliche und auch politische Debatte zum Klimaschutz, im Sinne eigener Geschäftsinteressen zu verhindern.

Weiterführende Informationen

Machtspielchen - Der Podcast von LobbyControl zum Thema "Mineralölkonzerne: Fette Profite und die Übergewinnsteuer" vom 16.03.2023 ^[2]

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil](#), boerse.de, abgerufen am 18.01.2023
2. ↑ [ExxonMobil mit Rekordgewinn](#), sueddeutsche.de vom 31.01.2023, abgerufen am 01.02.2023
3. ↑ [ExxonMobil's Funding of Climate Science Denial](#), desmog.com, abgerufen am 20.01.2023
4. ↑ [Assessing ExxonMobil's global warming projections](#), science.org vom 13.01.2023, abgerufen am 21.01.2023
5. ↑ [Climate Sceptic Willie Soon received \\$ 1m from oil companies, papers show](#), theguardian.com vom 28.06.2011, abgerufen am 21.01.2023
6. ↑ [Nachhaltige Lösungen für die Gesellschaft](#), corporate.exxonmobil.de, abgerufen am 21.01.2023
7. ↑ [The US Chamber of Commerce and Climate Policy](#), lobbymap.org vom März 2022, abgerufen am 21.01.2023
8. ↑ [2021 Lobbying expenditure](#), corporate.exxonmobil.com, abgerufen am 21.01.2023
9. ↑ [Exxon Mobil](#), opensecrets.org, abgerufen am 22.01.2023
10. ↑ [Grassroots lobbying communications](#), corporate.exxonmobil.com, abgerufen am 20.01.2023
11. ↑ [Lobbyist blamiert Exxon](#), faz.net vom 02.07.2021, abgerufen am 25.01.2023
12. ↑ [Profil](#), ec.europa.eu, abgerufen am 22.01.2023
13. ↑ [Eintrag ExxonMobil Central Europe Holding](#), lobbyregister.de vom 25.02.2022, abgerufen am 20.01.2023

14. ↑ [Hydrogen Letter](#) politico.eu vom 24.06.22, abgerufen am 03.08.2022
15. ↑ [Initiative Erdgasmobilität begrüßt heutigen Kabinettsbeschluss zur Energiesteuerermäßigung](#), presseportal.de vom 15.03.2017, abgerufen am 23.01.2023
16. ↑ [LNG-Taskforce und Initiative Erdgasmobilität](#), dena.de, abgerufen am 23.01.2023
17. ↑ [LNG-Taskforce empfiehlt Maßnahmen zur Stärkung von Flüssigerdgas im Schwerlastverkehr](#), dena.de vom 26.09.2018, abgerufen am 23.01.2021
18. ↑ [Projekt Klima-Erdgas-Emissionen-LNG](#), bgr.bund.de, abgerufen am 25.01.2023
19. ↑ [What is the Global Alliance Powerfuels](#), powerfuels.org, abgerufen am 24.01.2023
20. ↑ [Heutige Einsatzgebiete für Power Fuels](#), dena.de, abgerufen am 24.01.2023
21. ↑ [Wasserstoff im Klimaschutz: Klasse statt Masse](#), umweltrat.de vom 32.06.2021, abgerufen am 24.01.2023
22. ↑ [Business divisions](#), corporate.exxonmobil.com, abgerufen am 19.01.2021
23. ↑ [Unternehmensstruktur von ExxonMobil in Deutschland](#), corporate.exxonmobil.de, abgerufen am 18.01.2023
24. ↑ [exxonmobil](#) abgerufen am 16.04.2024
25. ↑ [chemical recycling](#) abgerufen am 16.04.2024
26. ↑ [kunststoffe-produktion-verwendung-und-verwertung](#) Umweltbundesamt.de vom 30.06.2023, abgerufen am 16.04.2024
27. ↑ [Schwere Vorwürfe gegen Exxon](#), tagesschau.de vom 12.01.2023
28. ↑ [Das Geld, der Planet und das Öl](#), faz.de vom 14.01.2013, abgerufen am 01.02.2023
29. ↑ [Schwere Vorwürfe gegen Exxon](#), tagesschau.de vom 12.01.2023
30. ↑ [\[1\]](#)
31. ↑ [Understanding the ExxonKnew controversy](#) corporate.exxonmobil.com vom 10.02.2021, abgerufen am 10.02.2023
32. ↑ [Exxon verklagt EU wegen Übergewinnsteuer](#), sueddeutsche.de vom 29.12.2022, abgerufen am 26.01.2023
33. ↑ [Lobbyismus an Schulen](#), lobbycontrol.de vom 07.05.2017, abgerufen am 23.01.2022
34. ↑ [Lobbyismus in der EU](#), lobbycontrol.de vom 13.12.2006, abgerufen am 23.01.2023

American Chemistry Council

Der **American Chemistry Council** (ACC) ist die einflussreiche Interessenvertretung von über 170 führenden Unternehmen, die sich auf dem Markt für chemische Erzeugnisse in den USA betätigen. Mitglieder des ACC sind auch große deutsche Chemie-Unternehmen. Eine Studie des „Center for Science and Democracy at the Union of Concerned Scientists“ kommt zu dem Ergebnis, dass der ACC sich seit seiner Gründung stets dafür eingesetzt hat, die chemischen Erzeugnisse seiner Mitgliedsunternehmen nicht oder kaum zu regulieren, auch wenn es überzeugende wissenschaftliche Hinweise auf eine Schädigung der Gesundheit oder der Umwelt gab.^[1] Gemeinsam mit ihrem EU-Pendant [European Chemical Industry Council](#) (Cefic) versucht der ACC über das Freihandelsabkommen [TTIP](#) das in der EU geltende Vorsorgeprinzip aufzuweichen.

American Chemistry Council (ACC)

Rechtsfo
rm

Tätigkei Verband der US-amerikanischen
tsbereic Chemie-Industrie
h

Gründun 1872 als Manufacturing Chemist's
gsdatum Association gegründet, 2000
umbenannt

Hauptsit Washington, DC

z

Lobbybü Washington, DC
ro

Lobbybü

Der ACC hat über 200 Mitarbeiter.^[2] Die Ausgaben für Lobbytätigkeiten lagen 2015 bei ca. 10,5 Mio. \$.^[3] 2014 spendete der ACC ca. 418 Tsd. \$ an Bundespolitiker, wovon 76 % an Kandidaten der Republikaner und 24 % an Kandidaten der Demokraten gingen.^[4]

American Chemistry Council (ACC)
ro EU
Webadr americanchemistry.com
esse

Der ACC ist Mitglied des **Legislative Exchange Council** (ALEC), einer Lobbygruppe, die großen Einfluss auf die Gesetzgebung in den USA hat.

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	44
1.1 Lobbyaktivitäten in den USA	44
1.2 Lobbyaktivitäten im Rahmen des Freihandelsabkommens TTIP	45
1.3 EU-Chemikalienrichtlinie REACH	45
2 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	45
2.1 Mitglieder	45
2.2 Verbandsführung	45
3 Weiterführende Informationen	46
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	46
5 Einzelnachweise	46

Lobbystrategien und Einfluss

Lobbyaktivitäten in den USA

Auf seiner Webseite weist der ACC auf die Erfolge seiner Lobbyarbeit in der 113. Legislaturperiode des US-Kongresses (03.01. 2013 - 03.01. 2015) hin^[5]:

- Einführung und überparteiliche Unterstützung des „Chemical Safety Improvement Act“ (CSIA)
- Beeinflussung der Reform des Risikobewertungsprogramms für chemische Erzeugnisse der Umweltschutzbehörde „US Environmental Protection Agency“ (EPA). Das Programm trägt den Namen „Integrated Risk Information System“ (IRIS).
- Rücknahme von Vorschlägen der Umweltschutzbehörde „US Environmental Protection Agency“ (EPA), Geschäftsgeheimnisse („Confidential Business Information“/CBI) enger zu definieren und eine Liste gefährlicher Chemikalien („chemicals of concern“-List) einzuführen.
- Aufhebung oder Abmilderung von 141 staatlichen Verboten oder Verwendungsbeschränkungen für chemische Produkte^[6]

Der ACC und seine Mitgliedsunternehmen spenden erhebliche Beträge an Mitglieder des Kongresses, insbesondere an Mitglieder der Ausschüsse, die für die Chemieindustrie zuständig sind: das „Senate Committee on Environment and Public Works“ (EPW) und das „House Committee on Energy and Commerce“ (E & C).^[7] Darüber hinaus verwendet der ACC beträchtliche Mittel dafür, die Öffentlichkeit, Regierungsstellen, Regulatoren und Abgeordnete der Bundesstaaten über PR-Firmen und Lobbyisten in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zur Durchsetzung einer industriefreundlichen Gesetzgebung nutzt er seine Mitgliedschaft im „American Legislative Exchange Council“ (ALEC).

Lobbyaktivitäten im Rahmen des Freihandelsabkommens TTIP

Die US-Regierung und die US-Chemieindustrie vertreten seit Jahren die Auffassung, dass die EU-Gesetzgebung zu Chemikalien ein Haupthindernis für den Handel sei. Ein geleaktes Dokument der [TTIP-Verhandlungen](#) zeigt, dass der ACC und der [European Chemical Industry Council](#) (Cefic) den [TTIP-Verhandlungsführern](#) heimlich eine Ergänzung zur regulatorischen Kooperation vorgeschlagen haben.^[8] Mit ihrem Vorschlag wollten die beiden Verbände die regulatorischen Differenzen zwischen der EU und den USA nutzen, um die Regulierung auf allen Ebenen zu verlangsamen, die Regulierung sogenannter endokriner Disruptoren (EAS) zu verhindern und Bemühungen zu blockieren, gefährliche Substanzen durch sicherere Alternativen zu ersetzen.^[9] Daraufhin knickte die EU-Kommission ein und verschob das geplante Verbot von 31 Pestiziden, die als endokrine Disruptoren eingestuft worden waren. Sie wies die konkurrierenden Generaldirektionen für Umwelt (DG ENV) sowie für Gesundheit und Verbraucher (DG Sanco) an, eine Folgenabschätzung zu erarbeiten.^[10] Einen Zusammenhang mit den TTIP-Verhandlungen wies die Kommission zurück. Einige EU-Parlamentarier schrieben darauf hin einen Protestbrief an den Präsidenten des EU-Parlaments.^[11] Schweden hat - mit Unterstützung fast aller Mitgliedsstaaten - Klage wegen der verschleppten Regulierung erhoben. Die neue EU-Kommission entzog der Generaldirektion für Umwelt (DG ENV) die Führungsrolle bei der Bewertung endokriner Disruptoren und übergab sie an die konkurrierende Generaldirektion Gesundheit und Verbraucher (DG Sanco).^[12]

EU-Chemikalienrichtlinie REACH

Von 1999 bis Juni 2007 wurde über die Richtlinie REACH (Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals) verhandelt und beraten. Die Verhandlungen über die Schaffung von gesamteuropäischen Regeln in Bezug auf Chemikalien waren die "möglicherweise größte Lobby-Schlacht der EU-Geschichte". Die ursprünglich ambitionierten Ziele der EU-Kommission wurden aufgrund der Lobbyarbeit der Chemieindustrie stark eingeschränkt und die Pflicht zum Ersatz gefährlicher Stoffe aufgehoben.^[13] Der ACC nahm starken Einfluss auf diese Debatte und arbeitete schon da mit dem [European Chemical Industry Council](#) (Cefic) zusammen.^[14]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Mitglieder

Reguläre Mitglieder („Regular Members“) sind große Hersteller oder Vertreiber von chemischen Erzeugnissen in den USA. Die Zu den [hier](#) abrufbaren regulären Mitgliedern gehören auch große deutsche Chemieunternehmen wie [BASF](#), [Bayer](#), [Lanxess](#), [Merck](#) und Wacker. Daneben gibt es Mitglieder aus kleinen und mittleren Unternehmen („Small & Medium Size“), angeschlossene Mitglieder („Affiliate Members“) und assoziierte Mitglieder („Associate Members“).^[15] Zu letzteren zählen u.a. [KPMG](#), [PricewaterhouseCoopers](#) (PwC) und Roland Berger.

Verbandsführung

- Calvin M. Dooley, Präsident und Chief Executive Officer (CEO), ehem. Mitglied des Repräsentantenhauses für die Demokratische Partei
- Michael P. Walls, Vizepräsident von „Regulatory and Technical Affairs“
- Nancy B. Beck, Senior Director von „Regulatory and Technical Affairs“

Weiterführende Informationen

- [Bad Chemistry How the Chemical Industry's Trade Association Undermines the Policies that protect Us](#), Studie des „Center for Science and Democracy at the Union of Concerned Scientists“, July 2015
- Riss, Jorgo: Chemical Warfare - the lobbying battle on REACH. In: [Bursting the Brussels Bubble](#). The battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU. Alter-EU (Hg). Brüssel 2010. Seiten 33 - 47

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Bad Chemistry How the Chemical Industry's Trade Association Undermines the Policies that protect Us](#), Studie des „Center for Science and Democracy at the Union of Concerned Scientists“, July 2015, ucsusa.org, abgerufen am 10.09.2016
2. ↑ [Careers](#), americanchemistry.com, abgerufen am 09.09.2016
3. ↑ [Profil bei Open Secrets](#), opensecrets.org, abgerufen am 10.09.2016
4. ↑ [Contributions to Federal Candidates](#), opensecrets.org, abgerufen am 10.09.2016
5. ↑ [Regular Member](#), americanchemistry.com, abgerufen am 09.09.2016
6. ↑ [Membership](#), americanchemistry.com, abgerufen am 09.09.2016
7. ↑ [Bad Chemistry How the Chemical Industry's Trade Association Undermines the Policies that protect Us](#), Studie des „Center for Science and Democracy at the Union of Concerned Scientists“, July 2015, ucsusa.org, abgerufen am 10.09.2016
8. ↑ [Toxic partnership](#), Kritik der ACC-CEFIC-Vorschläge vom März 2014, ciel.org, abgerufen am 10.09.2016
9. ↑ [Bad Chemistry How the Chemical Industry's Trade Association Undermines the Policies that protect Us](#), Studie des „Center for Science and Democracy at the Union of Concerned Scientists“, July 2015, ucsusa.org, abgerufen am 10.09.2016
10. ↑ [Nicolai Kwasniewski: Wie die Industrie in Brüssel ihren Willen bekommt](#), spiegel.de vom 20.05.2015, abgerufen am 10.05.2015
11. ↑ [Brussels, 16 October 2013 Dear President](#), spiegel.de, abgerufen am 10.09.2016
12. ↑ [Nicolai Kwasniewski: Wie die Industrie in Brüssel ihren Willen bekommt](#), spiegel.de vom 20.05.2015, abgerufen am 10.05.2015
13. ↑ [LobbyPlanet: Das EU-Viertel Brüssel](#). LobbyControl und Corporate Europe Observatory (Hg.). Köln und Brüssel 2012, Seite 28
14. ↑ Siehe auch: Riss, Jorgo: Chemical Warfare - the lobbying battle on REACH. In: [Bursting the Brussels Bubble](#). The battle to expose corporate lobbying at the heart of the EU. Alter-EU (Hg). Brüssel 2010. Seiten 33 - 47
15. ↑ [Membership](#), americanchemistry.com, abgerufen am 09.09.2016

BASF

BASF SE

Der Umsatz der BASF-Gruppe liegt im Gesamtjahr 2025 bei voraussichtlich 59,7 Milliarden Euro (2024: 61,4 Milliarden Euro, 2021: 78,6 Milliarden Euro).^[1]

Der Konzern ist in den folgenden Bereichen tätig: Chemicals, Materials, Industrial Solutions, Nutrition & Care und Agricultural Solutions.^[2]

BASF SE



Rechtsform	Societas Europaea (Aktiengesellschaft)
Tätigkeitsbereich	Chemiebranche
Gründungsdatum	1865
Hauptsitz	Ludwigshafen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue de Cortenbergh 60, B-1000 Brussels
Webadresse	www.basf.com

Inhaltsverzeichnis

1 Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy	47
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	48
3 Parteispenden und Sponsoring	48
4 Austausch zwischen Wirtschaft und Politik	48
5 Mitgliedschaften	48
6 Fallbeispiele und Kritik	49
6.1 2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie	49
6.2 2022: Engagement gegen Gasembargo	49
6.3 Einflussnahme der BASF auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung	49
6.4 2016: Wahlkampffinanzierung USA	49
6.5 2015: Asset-Tausch mit Gazprom	50
6.6 2012: Das Bienensterben	50
6.7 Lobbyisten in Ministerien	50
7 Weiterführende Informationen	51
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	51
9 Einzelnachweise	51

Beteiligung an Wintershall Dea und Harbour Energy

BASF ist u.a. am europäischen Gas- und Ölunternehmen [Wintershall Dea](#) mit 72,7 % beteiligt.^{[3][4]} Die restlichen Anteile hält die Luxemburger Investmentfirma Letter one, die zum Einflussbereich des russisch-israelischen Oligarchen Michail Friedman gehört.^[5] Am 02.03.2022 gab [Wintershall Dea](#) bekannt, keine zusätzlichen Projekte zur Förderung von Gas und Öl voranzutreiben oder umzusetzen und die Finanzierung von [Nord Stream 2](#) in Höhe von rund 1 Milliarde Euro abzuschreiben.^[6] Das Öl- und Gasgeschäft von Wintershall Dea ohne Russland-Bezug ist im September 2024 an das britische Öl- und Gasunternehmen [Harbour Energy Plc](#) übertragen worden.^[7] BASF und LetterOne bleiben Eigentümer von Wintershall Dea und sind im Rahmen der Transaktion auch Gesellschafter von Harbour Energy geworden.^[8]

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt – teilweise im Rahmen von selbst organisierten parlamentarischen Abenden und Diskussionsveranstaltungen.

^[9] BASF nimmt auch über den [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI) und den [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC), denen der Konzern angehört, Einfluss auf die Politik.

Im deutschen Lobbyregister gibt BASF an, im Jahr 2023 3.720.001 bis 3.730.000 Euro auszugeben und 31 Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 6,90) zu beschäftigen.^[10] Auch im Europäischen Transparenzregister ist BASF eingetragen und hat dort für das Jahr 2021 3.000.000 bis 3.499.999 Euro Lobbyausgaben und 27 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 16,8) angegeben.^[11] Seit 2015 gab es 36 Treffen mit der EU-Kommission (Stand: 09.04.2022). 2021 erhielt BASF Finanzhilfen der EU in Höhe von 2.117.513 Euro.

Parteispenden und Sponsoring

Nach eigenen Angaben unterstützt BASF keine politischen Parteien. Das gelte auch für Regierungsmitglieder, Abgeordnete oder Kandidaten im Wahlkampf. In den USA hätten Mitarbeiter der BASF Corporation von ihrem Recht Gebrauch gemacht, ein „Political Action Committee (PAC)“ zu gründen. Das „BASF Corporation Employee PAC“ sei eine freiwillige, staatlich registrierte Vereinigung von Mitarbeitern. Sponsoring von einzelnen Veranstaltungen werde durch die „Political Relations and Advocacy-Policy“ geregelt. Jegliches Sponsoring werde in angemessener Weise transparent gemacht.

Quelle: ^[12]

Austausch zwischen Wirtschaft und Politik

Laut ihrer Webseite gibt es keine aktuellen Einsätze von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BASF SE und der deutschen BASF-Gruppengesellschaften bei internationalen Organisationen, Regierungen, Ministerien sowie der öffentlichen Verwaltung - bzw. von Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung bei der BASF. BASF halte den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik für wichtig und sei sich der mit dem sog. „Drehtür“-Effekt verbundenen Interessenkonflikte bewusst. In Bezug auf die sog. „Cooling-off“-Perioden halte sich BASF an geltende Vorschriften.

Quelle: ^[13]

Mitgliedschaften

Die 84 Organisationen, in denen BASF Mitglied ist, sind [hier](#) abrufbar. Dazu gehören der [Wirtschaftsrat der CDU](#), das [Wirtschaftsforum der SPD](#), der [Grüne Wirtschaftsdialog](#) und die [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Auf europäischer Ebene ist BASF u.a. Mitglied im [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC) und [BusinessEurope](#).

Fallbeispiele und Kritik

2024: Exklusivgipfel für die Chemieindustrie

Am 20. Februar fand auf dem BASF-Gelände in Antwerpen ein Treffen zwischen dem belgischen Premierminister Alexander De Croo, EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und hochrangigen Unternehmensvertreter:innen der Chemiebranche statt. Bei dem Treffen, das von der Ratspräsidentschaft Belgiens organisiert wurde, sollte es um die Zukunft des Chemiesektors und das umweltpolitische Projekt des „EU Industrial Deal“ gehen. Umweltorganisationen blieben bei diesem Exklusivgipfel jedoch außen vor. ^[14] Den privilegierten Zugang der Chemiebranche zur Politik und den Ausschluss der Zivilgesellschaft kritisierten LobbyControl und 72 andere Organisationen in einem [offenen Brief](#) an den belgischen Premierminister.

2022: Engagement gegen Gasembargo

Die Debatte um ein mögliches Gasembargo gegen Russland als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine veranschaulichte die Abhängigkeit energieintensiver Unternehmen, wie der BASF, von Erdgasimporten. BASF-Konzernchef Martin Brudermüller trat nur wenige Wochen nach Beginn der russischen Invasion im Frühjahr 2022 immer wieder mit drastischen Worten an die Öffentlichkeit. In zahlreichen Interviews stellte er die russischen Gaslieferungen als „Basis für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie“ dar, ^[15] warnte davor, dass ein Embargo „unseren Wohlstand zerstören“ würde ^[16] und sprach von „historisch beispiellosen Gefahren“. ^[17] Dies geschah trotz gegenteiliger Ansichten etwa des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ^[18] oder auch der Leopoldina. ^[19]

Einflussnahme der BASF auf die [Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung](#)

Die BASF übt Einfluss auf die Standardsetzung der Nachhaltigkeitsberichterstattung auf nationaler und europäischer Ebene aus. Auf nationaler Ebene ist die BASF Mitglied im Deutschen Rechnungslegungs Standards Committee e.V. (DRSC) und finanziert das DRSC maßgeblich mit. ^[20] Auf europäischer Ebene ist die BASF Mitglied und Finanzier der value balancing alliance (vba). ^[21]

Der BASF Finanzvorstand Dr. Hans-Ulrich Engel ist einer von 40 Unterzeichnern eines Appells an den damaligen Bundesfinanzminister Christian Lindner. Der Appel forderte die European Sustainability Reporting Standards (ESRS) durch die weniger weitreichenden International Sustainability Standards Board (ISSB)-Standards zu ersetzen. ^[22]

2016: Wahlkampffinanzierung USA

Der Konzern unterstützte bei den Kongresswahlen 2016 die Partei des umstrittenen republikanischen Kandidaten Donald Trump mit einem 'bemerkenswerten Einsatz von 339.000 Dollar, die er sogenannten 'Political Action Committees' (PAC) zur Verfügung stellte. ^[23]

2015: Asset-Tausch mit Gazprom

Seit Ende des Kalten Krieges kooperierten BASF und deren Tochter [Wintershall](#) vermehrt mit dem russischen Staatskonzern [Gazprom](#). Anfang der 2010er Jahre strebten die drei Unternehmen einen Tausch von Vermögenswerten an: Während Wintershalls Gashandel- und -speichergeschäft an [Gazprom](#) übertragen werden sollte, sollte [Wintershall](#) im Gegenzug Anteile an Gazproms Gasfeldern in Sibirien erhalten. Trotz der damit einhergehenden, steigenden Bedeutung Gazproms für den deutschen Gasmarkt wurde das Geschäft von dem damaligen Wirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) im Jahr 2013 zunächst genehmigt.^[24] Als Russland im Jahr 2014 die Krim annektierte, verzögerte sich der Verkauf jedoch aufgrund der gegen Russland verhängten EU-Sanktionen. Der damalige BASF-Chef Kurt Bock setzte sich daraufhin bei [Gabriel](#) für den Verkauf ein und drängte in einem Brief, das geplante Tauschgeschäft auch ohne neue Genehmigung zuzulassen.^[25] Gabriel leistete diesem Vorschlag Folge und vermerkte handschriftlich "Ich unterstütze den Antrag".^[26] Darüber hinaus erteilte er für den Deal eine Bürgschaft in Milliardenhöhe.^[27]

2012: Das Bienensterben

BASF initiierte, gemeinsam mit anderen, das [Bees Biodiversity Network](#). Das Bees Biodiversity Network möchte dem Bienensterben entgegen wirken und setzt sich für eine Förderung der biologische Vielfalt ein. Zweifelhaft wird das ganze, wenn man schaut wer hinter dieser Organisation steht: der Chemiekonzern BASF, der die wissenschaftliche und politische Diskussion zum Bienensterben begleiten und mitgestalten möchte. Ziel ist es, die Rolle von Pestiziden für das Bienensterben herunterzuspielen und andere Ursachen des Bienensterbens hervorzuheben.

Lobbyisten in Ministerien

BASF hatte Mitarbeiter in mindestens 4 Bundesbehörden und somit vielfältige Möglichkeiten, die eigenen Interessen bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen einzubringen. Besonders nützlich war dies dem Konzern bei der Entstehung der **Europäischen Chemikalienrichtlinie REACH**, bei der die BASF einer der zentralen Lobbyakteure und Widersacher war. Ein Manager der BASF arbeitete zunächst in der internen Arbeitsgruppe der [EU-Kommission](#) zur Entstehung der Richtlinie mit, behielt aber seinen Arbeitsvertrag mit BASF. Als das Verfahren auf die nationale Ebene wechselte, wechselte er als externer Mitarbeiter ins [\[\[Bundeswirtschaftsministerium\]](#) – und trat im [Europaparlament](#) als Vertreter des deutschen Wirtschaftsministeriums auf.

- [Lobbyisten im Bundesministerium der Finanzen](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit](#)
- [Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie](#)
- [Lobbyisten im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung](#)

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [BASF-Gruppe legt vorläufige Zahlen für das Gesamtjahr 2025 vor](#) basf.com vom 22.01.2026, abgerufen am 26.01.2026
2. ↑ [BASF-Bericht 2023](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 06.05.2025
3. ↑ [Die heikle Russland-Connection von BASF](#), manager-magazin.de vom 30.03.2022, abgerufen am 12.04.2022
4. ↑ [Wintershall Dea GmbH Konzernabschluss zum 31.Dezember 2020](#), unternehmensregister.de, abgerufen am 13.04.2022
5. ↑ [Oligarch Friedman klagt über „Hausarrest“ in Londoner 70-Millionen-Villa](#), stern.de vom 29.03.2022, abgerufen am 13.04.2022
6. ↑ [Wintershall Dea schreibt Finanzierung von Nord Stream 2 ab](#), wintershalldea.com, abgerufen am 12.04.2022
7. ↑ [Verkauf vollzogen: E&P-Assets von Winterhall Dea an Harbour Energy übertragen](#), wintershalldea.com vom 03.09.2024, abgerufen am 17.04.2025
8. ↑ [Verkauf des E&P-Geschäfts von Wintershall DEA an Harbour Energy vollzogen](#), chemanager-online.de vom 17.04.2024, abgerufen am 17.04.2025
9. ↑ [BASF](#), lobbyregister.de, abgerufen am 04.05.2025
10. ↑ [BASF SE](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 08.04.2022
11. ↑ [BASF SE](#), ec.europa.eu/transparencyregister, abgerufen am 09.04.2022
12. ↑ [Politische Spenden und Sponsoring](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
13. ↑ [Austausch zwischen Wirtschaft und Politik](#), basf.com, abgerufen am 09.04.2022
14. ↑ [Lobbyismus in der EU. Blockieren und profitieren: Ein Exklusivgipfel für die Chemieindustrie](#), lobbycontrol.de, vom 20.02.2024, abgerufen am 05.03.2024
15. ↑ [„Wollen wir sehenden Auges unsere gesamte Volkswirtschaft zerstören?“](#) faz.net vom 04.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
16. ↑ Ebd.
17. ↑ [BASF-Chef warnt vor historisch beispiellosen Gefahren](#) faz.net, vom 29.04.22 zuletzt aufgerufen am 04.08.22
18. ↑ [Energieversorgung in Deutschland auch ohne Erdgas aus Russland gesichert](#) diw.de vom 08.04.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
19. ↑ [Wie sich russisches Erdgas in der deutschen und europäischen Energieversorgung ersetzen lässt](#) leopoldina.org vom 08.03.22, zuletzt aufgerufen am 04.08.22
20. ↑ [Kapitalmarktorientierte Industrieunternehmen und Verbände](#), Deutsches Rechnungslegungs Standards Committee e.V., abgerufen am 13.02.2025
21. ↑ [About us](#), Value balancing alliance, abgerufen am 13.02.2025
22. ↑ [Notwendiger Endorsement-Prozess für die Überführung der ISSB-Standards in EU-Recht](#), Deutsches Aktieninstitut vom 25.03.2022, abgerufen am 13.02.2022

23. ↑ [Wie deutsche Konzerne Donald Trump unterstützen](#), Die Welt, 18. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 22.7.2016
24. ↑ [Wintershall Dea: Ein deutsches Gasunternehmen als Agent Putins?](#) wdr.de vom 28.07.22, abgerufen am 05.08.2022
25. ↑ Ebd.
26. ↑ Ebd.
27. ↑ Ebd.

Bayer

Bayer bezeichnet sich als Life-Science-Unternehmen mit Kernkompetenzen auf den Gebieten Gesundheit und Agrarwirtschaft.^[1] Mit der Übernahme von [Monsanto](#) im Juni 2018 ist der Konzern zum weltgrößten Anbieter von Pflanzenschutzmitteln und Saatgut geworden.^[2] Seine Glyphosat-Produkte vertreibt er unter dem Markennamen „Roundup“.

Laut Bundesumweltministerium gefährden Pflanzenschutzmittel wie Glyphosat die biologische Vielfalt, weil deren Einsatz immer der Beseitigung unerwünschter Pflanzen, Pilze oder Tiere auf den Ackerflächen dient.^{[3][4]} Beim Einsatz von Breitbandherbiziden und -insektiziden werden Pflanzen und Tiere auf den Ackerflächen abgetötet, die gar nicht bekämpft werden sollen, zum Beispiel nützliche Insekten.^[5] Es gibt deshalb einen Interessenkonflikt zwischen den Herstellern von Pflanzenschutzmitteln, die von einem hohen Absatz profitieren, und weiten Kreisen der Bevölkerung, die sich für eine intakte Natur einsetzen. Vor diesem Hintergrund ist die massive Lobbytätigkeit der Agrarchemie gegen Einsatzbeschränkungen zu sehen. Bayer begründet den Einsatz von Pflanzenschutzmittel mit der Steigerung der Effizienz, Erträge und Widerstandsfähigkeit der Pflanzen.^[6]

Der Umsatz des Konzerns, der ca. 100 Tsd. Personen beschäftigt, lag im Jahr 2023 bei 47,6 Mrd. Euro.^[7] Etwa die Hälfte des Umsatzes entfällt auf den Bereich Crop Science. In Deutschland betrugen die Lobbyausgaben 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Brüssel zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro. Für die USA wurden die Lobbyausgaben 2022 mit 17,5 Mio. Euro beziffert.^[8]

Bayer AG



Rechtsform Aktiengesellschaft
Tätigkeitsbereich Chemie- & Pharmabranche
Gründungsdatum 1863
Hauptsitz Leverkusen
Lobbybüro
Lobbybüro EU 40 Rue Bollard, 1000 Brussels, (+32) 25502112
Webadresse [bayer.de](https://www.bayer.de)

Inhaltsverzeichnis

1 Geschäftsfelder	53
2 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	53
2.1 Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben	54
2.2 Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen	54
2.3 Treffen mit Vertretern der EU Kommission	54
2.4 Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten	55

2.5 Mitarbeit in Kommissionen des BfR	56
3 Themen der Lobbytätigkeit	56
4 Parteispenden	56
5 Transparenz	57
6 Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat	57
6.1 Umstrittene Zulassung von Glyphosat	57
6.2 Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)	58
6.3 Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"	58
6.4 2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien	59
6.5 Klagen gegen Monsanto/Bayer	59
7 Sonstige Fallbeispiele und Kritik	60
7.1 2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)	60
7.2 2015: Intransparente Hochschulkooperation	60
7.3 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	60
8 Weiterführende Informationen	60
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	61
10 Einzelnachweise	61

Geschäftsfelder

Bayer betätigt sich in den folgenden Bereichen:

- Crop Science (Pflanzenschutz, Saatgut und Pflanzeigenschaften)
- Pharmaceuticals (verschreibungspflichtige Produkte, Spezialtherapeutika und Radiologie)
- Consumer Health (verschreibungsfreie Medikamente)

Auf den Bereich Crop Science entfällt knapp die Hälfte des Umsatzes.^[9] Die Bayer CropScience Deutschland GmbH ist die deutsche Vertriebsgesellschaft der Division CropScience der Bayer AG

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Bayer beschreibt seine Lobbytätigkeit wie folgt: „Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages geführt zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es neben gesundheits- und agrarpolitischen Themen unter anderem um den Fachkräftemangel, den Wert der dualen Ausbildung, Lieferketten und Nachhaltigkeit bis hin zum Bürokratieabbau. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Abende und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden.“^[10]

Lobbybüros, Lobbyist:innen und Lobbyausgaben

Das vom Global Public Affairs Head geleitete Global Public Affairs Leadership Team, bestehend aus den jeweiligen Public Affairs Heads der Divisionen und zentralen Verbindungsbüros, entwickelt die Public Affairs Prioritäten und Strategien und ist für das Talent Management zuständig.^[11] Für die konkrete Umsetzung der Interessenvertretung vor Ort, das Einhalten ethischer und rechtlicher Kriterien und die Herstellung von Transparenz sind die jeweiligen Ländervertretungen verantwortlich.

Die Kosten der politischen Verbindungsbüros des Konzerns beliefen sich im Jahr 2020 auf rd. 16 Mio. Euro, davon zwei Mio. Euro in Berlin, Deutschland.^[12] Diese Angaben beinhalten jeweils Sach-, Personal- und Projektkosten und können im Einzelnen dem Bayer-Nachhaltigkeitsbericht entnommen werden.

Laut deutschem Lobbyregister lagen die Lobbyausgaben der Bayer AG in Deutschland im Jahr 2023 zwischen 2.550.000 und 2.560.000 Euro, in Europa laut EU-Transparenzregister zwischen 7 und 7.999.999 Mio. Euro.^{[13][14]} Die Zahl der Lobbyist:innen wurde für Deutschland mit 22 (Vollzeitäquivalent: 3,71) angegeben, für die EU mit 76 (Vollzeitäquivalent: 25,9). Die Bayer Crop Science Deutschland GmbH hatte 2023 Lobbyausgaben zwischen 90.001 und 100.00 Euro.^[15]

Im Mittelpunkt der Lobbytätigkeit in den USA steht die Reduzierung der Milliardenbeträge, die Bayer für die Beilegung von Glyphosatklagen in den USA ausgibt. Nach Recherchen der Wirtschaftswoche will Bayer über Gesetzesänderungen die Klagen signifikant eindämmen.^[16] So soll der Kongress es den Bundesbehörden untersagen, Warnhinweise auf Produkten zu fördern, bei denen die nationalen Behörden keine besonderen Risiken sehen. Allein im ersten Halbjahr habe der Konzern mehr als 4,3 Mio. Dollar für Interessenvertretung ausgegeben. Das Geld fließe auch in Informationskampagnen, Anzeigen oder Internetseiten, um die öffentliche Meinung im Sinne von Bayer zu beeinflussen. Derzeit arbeiteten in den USA 51 Lobbyisten direkt und indirekt für Bayer. Neben den Lobbyaktivitäten arbeite Bayer auch daran, die Causa Glyphosat vor den obersten Gerichtshof zu bringen.

Zusammenarbeit mit Lobbyagenturen

Laut EU Transparenzregister vergibt Bayer Aufträge an [Lobbyagenturen](#). Die Unternehmen mit dem höchsten Auftragsvolumen waren 2023:

- [Rud Pedersen Public Affairs](#): eine Mio. Euro
- [EUTOP Europe GmbH](#): 400.000 bis 499.999 Euro
- [FIPRA International](#) 100.000 bis 199.999 Euro
- [FS Global](#): 100.000 bis 199.999 Euro
- Penta (ehem. Hume Brophy): 100.000 bis 199.999 Euro

Quelle: ^[17]

Treffen mit Vertretern der EU Kommission

Zwischen 2015 und Oktober 2024 gab es 51 Treffen von Bayer mit Vertretern der EU-Kommission^[18]

Beziehungen zu Verbänden/Denkfabriken/Instituten

Bayer ist Mitglied/Förderer der folgenden Organisationen:

- [Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#) (vfa)
- [Verband der Chemischen Industrie](#) (VCI)
- Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC)
- [Forum Moderne Landwirtschaft](#) (Vizepräsidentin: Karin Guendel Gonzalez, Bayer Crop Science; Präsident: Joachim Rukwied, Präsident [Deutscher Bauernverband](#))
- BIO Deutschland (Branchenverband der Bio-Technologie)
- [Industrieverband Agrar](#) (Interessenverband der Pflanzenschutz- und Düngemittelindustrie)
- ICC Germany
- econsense - Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft
- Industrie-Förderung Gesellschaft mbH
- [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
- Westwind
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Wirtschaftsforum der SPD](#)
- British Chamber of Commerce in Germany
- [AmCham Germany](#)
- [Atlantik-Brücke](#)
- [European Chemical Industry Council](#) (CEFIC)
- European Federation of Pharmaceutical Industries Association (EFPIA)
- The Association of the European Self-Medication Industry (AESGP)
- CropLife Europe (CLE)
- [European Crop Protection Association](#) (ECPA)
- [Plants for the Future](#)
- Euroseeds
- Cosmetics Europe
- DIGITALEUROPE
- BITKOM
- [European Justice Forum](#)
- Food Supplements Europe
- MedTech Europe
- COCIR
- [European Risk Forum](#)
- [EuropaBio](#)
- [Businesseurope](#)
- [European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations](#) (EFPIA)

Im Jahr 2022 wurden Mitgliedsbeiträge in folgender Höhe an Wirtschaftsverbände entrichtet:

- International und global: 2,5 Mio. Euro
- Europäische Union: 4 Mio. Euro

- USA 12,5 Mio. Euro
- Brasilien 1,7 Mio. Euro
- China 0,1 Mio.

Quelle: ^[19]

Mitarbeit in Kommissionen des BfR

Folgende Bayer-Mitarbeiter:innen sind Mitglieder der Kommission für Pflanzenschutzmittel und Biozidprodukte des [Bundesinstitut für Risikobewertung](#) (BfR):

- Frank Laporte, Bayer SAS/Frankreich (Stand: 12/2023)

Themen der Lobbytätigkeit

2023/24 betraf die Lobbyarbeit laut Lobbyregister die folgendenden Regelungsvorhaben^[20]:

- Tierschutzgesetz
- Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung (Genehmigung der sachkundlichen Anwendung von Glyphosathaltigen Produkten ab dem 01.07.2024). Erläuterung: Der Bundesrat hat am 14. Juni 2024 die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) auf den Weg gebrachte Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung beschlossen, in der die bestehenden Einschränkungen bei der Anwendung von Glyphosat fortgeschrieben werden.^[21] Die Anpassung des deutschen Pflanzenschutzrechts war nötig geworden, weil die EU-Kommission Glyphosat im November 2023 für weitere zehn Jahre zugelassen hatte.
- EU-Pharma-Paket / Pharma-Package (EU General Pharmaceutical Legislative Revision)
- Implementierung der Urban Waste Water Treatment Directive (UWWTD)
- Ermöglichung des notwendigen PFAS-Einsatzes für die Herstellung und Verpackung von Arzneimitteln
- Strategie Fachkräftegewinnung

Nach [Recherchen von Corporate Europe](#) ist Bayer Mitglied einer Vielzahl von Verbänden, die in den letzten Jahren und Monaten zu den folgenden EU-Projekten lobbyierten:

- gegen die "Chemicals Strategy for Sustainability" (CSS ist ein Pfeiler des European Green Deal)
- gegen die "REACH revision" (dies hätte die Regulierung von Chemikalien verschärft)
- gegen die "PFAS restriction" (Ziel ist die Regulierung von Chemikalien für die Ewigkeit)
- gegen den "export ban on toxic chemicals and pesticides"
- gegen die "pesticide reduction targets" (SUR –Sustainable Use Regulation)
- für die "expansion of glyphosate use in Europe"
- für die uneingeschränkte Nutzung von "new genetically modified organisms"(new GMOs or NGTs)

Parteispenden

Es gibt einen [Verhaltenskodex für verantwortungsvolles Lobbying](#), nach dem Bayer als Unternehmen keine direkten Spenden an politische Parteien oder Kandidaten leistet.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Transparenz

Mit der 2017 ins Leben gerufenen Transparenz-Initiative verpflichtet sich Bayer, Forschungsdaten zur Sicherheit seiner Pflanzenschutzmittel öffentlich zugänglich zu machen.^[22] Weiterhin werden die Kosten der Lobbyarbeit für die Länder veröffentlicht, in denen Bayer Verbindungsbüros unterhält. Nach Enthüllungen von LobbyControl zur verdeckten Finanzierung von Glyphosat-Studien hat Bayer ein Forschungsregister vorgelegt.^[23] Der [Bayer Science Collaboration Explorer](#) listet Forschungskooperationen zwischen Universitäten und anderen wissenschaftlichen Instituten mit den folgenden Angaben auf: Art der Kooperation, Vertragspartner (Universität oder Klinikum), die Konzernsparte, die den Vertrag abgeschlossen hat, Zeitpunkt, Land, Auftragshöhe sowie das Thema der Kooperation. Nach Einschätzung von LobbyControl erfüllt das Register seine Funktion in der vorliegenden Form noch nicht und sollte deshalb nachgebessert werden.

Kontroverse um das Pflanzenschutzmittel Glyphosat

Die Lobbyarbeit von Monsanto/Bayer zur Förderung und Zulassung von Glyphosat wird im Artikel [Monsanto](#) und von der NGO Corporate Europe Observatory in [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#) beschrieben.

Umstrittene Zulassung von Glyphosat

Im Juli 2017 schlug die EU-Kommission einem Expertenausschuss vor, die Zulassung von Glyphosat um weitere zehn Jahre zu verlängern.^[24] Am 27. November 2017 hat eine Mehrheit der EU-Staaten einer Verlängerung der Zulassung um weitere 5 Jahre zugestimmt. Den Ausschlag gab dabei das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung, die sich bei früheren Abstimmungen enthalten hatte, weil die zuständigen Minister Christian Schmidt (CSU) und Barbara Hendricks (SPD) sich nicht einig waren. Dieses Mal setzte sich Landwirtschaftsminister Schmidt jedoch ohne Abstimmung mit der Bundeskanzlerin und gegen den Widerspruch von Umweltministerin Hendricks über die Geschäftsordnung der Bundesregierung hinweg und stimmte eigenmächtig der Verlängerung zu.^[25]

Im November 2023 hat die EU-Kommission die Zulassung für Glyphosat für weitere 10 Jahre verlängert, nachdem sich in einem EU-Berufungsausschuss weder genug Vertreterinnen und Vertreter der EU-Staaten für noch gegen einen weiteren Einsatz des Mittels ausgesprochen hatten.^[26] Deutschland hatte sich enthalten, obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart worden war, Glyphosat bis Ende 2023 vom Markt zu nehmen.^[27] Die FDP war für eine Zulassungs-Verlängerung eingetreten, die Grünen waren dagegen.^[28]

Die [Verordnung zur Änderung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung](#), die am 1. Juli 2024 in Kraft getreten ist, ist wie folgt begründet worden: „Der Wirkstoff Glyphosat wurde zur Verwendung in Pflanzenschutzmitteln mit der Durchführungsverordnung (EU) 2023/2660 der Kommission vom 28.

November 2023 erneut genehmigt. Ein vollständiges nationales Anwendungsverbot ist daher gegenwärtig nicht mit EU-Recht vereinbar. Das Inkrafttreten des - vorläufig ausgesetzten - vollständigen Anwendungsverbots wird deshalb aufgehoben. Um keine Verschlechterung gegenüber der bisher geltenden Rechtslage eintreten zu lassen, müssen die bisherigen Einschränkungen für die Anwendung von Glyphosat-haltigen Pflanzenschutzmitteln zwingend erhalten bleiben, um den Schutz der Artenvielfalt, des Naturhaushaltes und der Gewässer weiterhin sicherzustellen.“^[29]

Glyphosate Renewal Group (frühere Bezeichnung: Glyphosate Task-Force)

Die Glyphosate Renewal Group (GRG) ist ein Zusammenschluss von Unternehmen, die sich für eine erneute Zulassung von Glyphosat in der EU einsetzen.^[30] Hierzu bereiteten die Mitglieder einen gemeinsamen Antrag mit wissenschaftlichen Studien und Informationen zur Sicherheit von Glyphosat vor. Der Antrag wurde im Zuge des EU-Genehmigungsverfahrens den an der nächsten Bewertung beteiligten Mitgliedstaaten ([Assessment Group on Glyphosate](#)) sowie der [Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit](#) (EFSA) am 12. Dezember 2019 vorgelegt.^[31] Am 8. Juni 2020 wurde ergänzend ein Scientific Dossier zur Beurteilung der Sicherheit von Glyphosat übergeben. Der weitere Entscheidungsprozess ist [hier](#) dokumentiert. Im November 2023 hat die EU-Kommission die Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre angekündigt.^[32]

Mitglieder der GRG sind: Albaugh Europe SARL, Barclay Chemicals Manufacturing Ltd., Bayer Agriculture bvba, Ciech Sarzyna S.A., Crop Alliance Unipessoal LDA., Nufarm GMBH & Co.KG, Sinon Corporation, Syngenta Crop Protection AG.

Online-Petition von Bayer: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative"

2023 veröffentlichte die Lobby-Agentur Rud Pedersen im Auftrag von Bayer eine Online-Petition mit dem Titel: "Glyphosat: Kein Verbot ohne Alternative", die sich an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wendet. Bayer behauptet, dass es keine Alternative zu dem Unkrautvernichtungsmittel gäbe und sowohl landwirtschaftliche Betriebe als auch der Weinbau vor Problemen stünden, die die Lebensmittelproduktion einschränken würden. Hingegen argumentiert der BUND, dass der Öko-Landbau schon seit Jahrzehnten ohne Glyphosat auskomme und unerwünschte Pflanzen durch verschiedene Fruchtfolgen usw. unterdrückt würden.

Das Herbizid Glyphosat durfte in der EU bis zum 15.12.2023 verwendet werden, d.h. es stand eine Entscheidung in der EU und den Mitgliedsstaaten über die Verlängerung der Zulassung an. Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit [EFSA](#) hat im Juli 2023 keine inakzeptablen Gefahren festgestellt.

Download des Factsheet ^[33]

Die EFSA-Einschätzung ist umstritten. Umweltverbände wie der BUND beklagen Datenlücken im EFSA-Bericht, wie die Behörde auch selbst zugibt. Es geht unter anderem um etwaige Risiken für die Ernährung der Verbraucher oder die Reduzierung der Artenvielfalt durch Eingriff in die Nahrungskette. Beim Umweltbundesamt heißt es dazu: "... dass der großflächige Einsatz von PSM [Pflanzenschutzmittel] in der Intensivlandwirtschaft insbesondere für Feldvogelarten wie Rebhuhn, Goldammer und Feldlerche eine wesentliche Gefährdungsursache darstellt und für den fortlaufenden Rückgang der Bestände dieser Arten mitverantwortlich ist."^[34] Bis zu 40 Prozent der deutschen Äcker werden mit Glyphosat gespritzt; das Totalherbizid vernichtet alle unerwünschten Gräser und Kräuter.

2019: Recherchen von LobbyControl zu Glyphosat-Studien

Im Dezember 2019 veröffentlichte LobbyControl Recherchen, nach denen [Monsanto](#) Glyphosat-Studien in Deutschland über das Institut für Agribusiness aus Gießen [verdeckt finanzierte und für die eigene Lobbyarbeit einsetzte](#). Bayer gestand kurz darauf die Finanzierung der Studien durch Monsanto ein und sagte außerdem, dass intransparente Wissenschaftsfinanzierung ihren ethischen Standards widerspräche. Es kündigte ein Kooperationsregister an, in dem alle Forschungsk Kooperationen einschließlich wissenschaftlicher Aufsätze verzeichnet werden sollen. Dies sei Teil ihrer neuen Statuten im Umgang mit Öffentlichkeit und Politik.^[35] Bereits im Dezember erfolgte eine Anfrage durch LobbyControl, inwiefern Monsanto beziehungsweise Bayer neben den Gießener Studien weitere zu Glyphosat in Auftrag gegeben haben. Darauf erhielt LobbyControl zunächst keine Antwort. Erst auf mehrmaliges Nachhaken zu einzelnen Studien, räumte Bayer ein, dass auch ähnliche Studien der Beratungsfirma RSK Adas in Großbritannien von Monsanto finanziert wurden. Bayer hat nach eigener Auskunft inzwischen neue sozioökonomische Studien bei jenem britischen Beratungsinstitut in Auftrag gegeben. Diese sind für das laufende Verfahren um eine Verlängerung der europäischen Glyphosat-Zulassung 2022 gedacht. Sie sollen dann als „Bayer on behalf of the Glyphosate Renewal Group“ gekennzeichnet werden („Bayer im Namen der Glyphosate Renewal Group“). Bayer rückt damit zumindest an dieser Stelle von der intransparenten Lobbystrategie Monsanto ab. Bei der Aufarbeitung der Fälle aus der Vergangenheit zeigte sich Bayer allerdings weniger transparent und bestätigte vor allem das, was kaum noch abzustreiten war. Auf weitergehende Fragen hieß es oft nur, es lägen ihnen keine Informationen vor.^[36] Das betrifft etwa die Verwicklung von Bayer CropScience selbst in das Institut für Agribusiness, das private Institut eines Gießener Universitätsprofessors, welches die von Monsanto finanzierten Studien durchführte. Bayer war in das Institut involviert und es bleibt deshalb fraglich, ob sie von diesen unsauberen Methoden Monsanto tatsächlich nichts gewusst haben. So war Bayer CropScience im Vorstand des Trägervereins des Instituts für Agribusiness (IAB) vertreten und arbeitete mit diesem sowie mit Prof. Schmitz zusammen. Zwischen 2006 und 2016 gab Bayer CropScience dort sechs Studienprojekte in Auftrag, es flossen 63.000 Euro. Bayer CropScience betont nach außen, dass es sich für Transparenz einsetze und hohe ethische Maßstäbe an sich und seine Partner anlege, hat bislang aber nicht darauf geantwortet, ob es diese Standards beim Institut für Agribusiness für gegeben hält. Auch weitergehende Fragen zur Rolle von Bayer CropScience blieben ohne Antwort.^[37]

Klagen gegen Monsanto/Bayer

Im [Geschäftsbericht 2023](#) berichtet Bayer über die Klagen gegen Monsanto/Bayer wegen vermutlich krebserregender Risiken von Glyphosat: „Bis zum 31. Januar 2024 hat Monsanto in einer beträchtlichen Zahl von Ansprüchen Vergleichsvereinbarungen erzielt oder steht kurz davor. Von insgesamt ca. 167.000 angemeldeten Ansprüchen wurden ca. 113.000 verglichen oder erfüllen aus verschiedenen Gründen nicht die Vergleichskriterien. Bis zum 31. Januar 2024 wurden 19 Verfahren vor Bundes- oder einzelstaatlichen Gerichten mit Geschworenen in Kalifornien, Missouri, Oregon und Pennsylvania abgeschlossen. In zehn dieser Gerichtsverfahren entschieden die Jurys zugunsten von Monsanto. In den übrigen neun Verfahren wurden den Klagenden kompensatorischer Schadenersatz sowie ein Vielfaches davon als sogenannter Strafschadenersatz (punitive damages) zugesprochen. Einige dieser Fälle wurden später verglichen, aber in den meisten Fällen hat Monsanto erstinstanzliche Rechtsmittel oder Berufung gegen die Jury-Entscheidungen eingelegt oder beabsichtigt, das zu tun...Per 31. Dezember 2023 belief sich die Rückstellung von Bayer für den Verfahrenskomplex Glyphosat auf insgesamt 6,3 Mrd. USD (5,7 Mrd. €).“

An der Börse ist Bayer nur noch etwa 30 Mrd. Euro wert - rund halb so viel, wie der Konzern für Monsanto bezahlt hat.^[38]

Sonstige Fallbeispiele und Kritik

2015: Gefälschte Postings in sozialen Medien (Österreich)

Am 10. September 2015 hat der österreichische Ethik-Rat für Public Relations eine Rüge gegen den Pharmakonzern BAYER und sechs weitere Unternehmen „wegen planmäßiger Täuschung von Userinnen und Usern in großem Stil durch gefälschte Postings“ ausgesprochen. Ausgeführt wurden diese von der Agentur [mhoch3](#).^[39] "In seiner Begründung führt der Rat an, dass von professionellen Auftraggebern dieser Größe und Bedeutung zu erwarten gewesen wäre, dass der Modus der Auftragserfüllung bereits vor Auftragserteilung inhaltlich und ethisch hinterfragt wird. Das gilt vor allem für ein Unternehmen im sensiblen Gesundheitsbereich, das besonders strengen Regelungen – auch hinsichtlich der Kommunikation – unterliegt. Die jahrelange und weitreichende Zusammenarbeit mit mhoch3 in sensiblen Themenbereichen wie der Debatte über die umstrittene Hormonspirale Mirena ist daher scharf zu kritisieren."^[40]

2015: Intransparente Hochschulkooperation

Im August 2015 entschied das Oberverwaltungsgericht Münster, dass Bayer keine Einsicht in seinen Kooperationsvertrag mit der Universität zu Köln gewähren muss. Kritiker hatten unter Berufung auf das Informationsfreiheitsgesetz gefordert, dass Universität und Unternehmen ihren Geheimvertrag offenlegen. Befürchtungen über Auftragsforschungen oder die Vertuschung von Ergebnissen, die sich negativ auf das Unternehmen auswirken könnten, konnten so weder Bayer noch die Universität glaubhaft ausräumen.^[41] Auch die Frage nach der kommerziellen Verwertung von Forschungsergebnissen und Patenten ist unklar.

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[42]

Berechnungen des [Deutschen Aktien Instituts](#) zufolge (ein weiterer Akteur gegen die Finanztransaktionssteuer), hätte Bayer damit rechnen müssen, jährlich 45 Millionen Euro an zusätzlichen Steuern zu zahlen. Bayer stemmte sich unter Berufung auf diese Zahlen gegen eine Finanztransaktionssteuer.^{[43][44]} Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Goldman Sachs](#), [Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Siemens](#) etc.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[45]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[46][47][48][49][50]}

Weiterführende Informationen

- [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#)

- [Bayer's Toxic Trails - Market Power, monopolies, and the global lobbying of an agrochemical giant](#), 23.09.2024
- [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#) 12. März 2020
- Verein [Coordination gegen BAYER-Gefahren](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Profil und Organisation](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
2. ↑ [Bayer streicht den Namen Monsanto](#), sueddeutsche.de vom 04.06.2018, abgerufen am 08.06.2018
3. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmu.de, abgerufen am 06.10.2024
4. ↑ [Bodenlebewesen werden durch Pflanzenschutzmittel gefährdet](#), umweltbundesamt.de vom 30.08.2024, abgerufen am 07.10.2024
5. ↑ [FAQ: Plan zum Glyphosat-Ausstieg](#), bmu.de, abgerufen am 06.10.2024
6. ↑ [Über Produktionssteigerungen hinaus](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
7. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
8. ↑ [Bayer Political Transparency, Dezember 2023](#), bayer.com, abgerufen am 06.10.2024
9. ↑ [Geschäftsbericht 2023](#), lobbyregister.de, abgerufen am 0.10.2024
10. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
11. ↑ [Unsere Governance für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
12. ↑ [Unsere Grundsätze und Positionen für politisches Engagement](#), bayer.com, abgerufen am 05.12.2023
13. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
14. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
15. ↑ [Bayer Crop Science Deutschland GmbH](#), lobbyregister.de vom 28.06.2024, abgerufen am 06.10.2024
16. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Glyphosat-Sorgen von Bayer lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
17. ↑ [Bayer AG](#), transparency-register.europa.eu vom 15.03.2024, abgerufen am 05.10.2024
18. ↑ [List of Meetings](#), ec.europa.eu, abgerufen am 05.10.2024
19. ↑ [Bayer Political Advocacy Transparency December 2023](#), bayer.com, abgerufen am 11.10.2024
20. ↑ [Bayer AG](#), lobbyregister.de vom 18.09.2024, abgerufen am 04.10.2024
21. ↑ [Glyphosat: Anwendungseinschränkungen bleiben bestehen](#), bmel.de vom 14.06.2024, abgerufen am 05.10.2024
22. ↑ [Transparenz-Initiative](#), bayer.de, abgerufen am 11.03.2019
23. ↑ [Nach Lobbycontrol-Enthüllungen: Bayer legt Forschungsregister vor](#), lobbycontrol.de vom 05.10.2021, abgerufen am 08.11.2021
24. ↑ [Glyphosat: EU-Kommission schlägt Zulassung für weitere zehn Jahre vor](#), spiegel.de vom 20.07.2017, abgerufen am 08.04.2020
25. ↑ [Rüge von Merkel: Schmidt hat sich bei Glyphosat nicht an Weisung gehalten](#), sueddeutsche.de vom 28.11.2017, abgerufen am 08.04.2020
26. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024

27. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
28. ↑ [EU-Kommission verlängert Glyphosat-Zulassung](#), tagesschau.de vom 16.11.2023, abgerufen 05.10-2024
29. ↑ [Verordnung zur Änderung der Anwendungsverordnung](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 05.10.2024
30. ↑ [What is the Glyphosate Renewal Group](#), glyphosat.eu, abgerufen am 06.12.2023
31. ↑ [Glyphosate Renewal in the EU](#), bayer.com, abgerufen am 05.10.2024
32. ↑ [EU-Kommission kündigt Glyphosat-Zulassung für weitere 10 Jahre an](#), zeit.de vom 16.11.2023, abgerufen am 06.12.2023
33. ↑ [hier](#) Europäische Kommission, abgerufen am 28.8.2023
34. ↑ [Pflanzenschutzmittel/Glyphosat](#) Umweltbundesamt vom 05.02.2016, abgerufen am 02.09.2023
35. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
36. ↑ [Monsanto: noch mehr unsaubere Glyphosat-Studien](#), lobbycontrol.de vom 12.03.2020, abgerufen am 25.03.2020
37. ↑ [Verdeckte Finanzierung: Monsanto's Lobbystudien zu Glyphosat](#), lobbycontrol.de vom 05.12.2019, abgerufen am 25.03.2020
38. ↑ [Nun soll massives Lobbying die Sorgen von Bayern lösen](#), wiwo.de vom 09.10.2024, abgerufen am 11.10.2024
39. ↑ [Gefälschte Postings: Ethik-Rat rügt BAYER](#), Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
40. ↑ [PR-Ethik-Rat rügt Agentur mhoch3 und sieben Kunden. Planmäßige Täuschung von Online-User /innen durch gefälschte Postings](#), Österreichischer Ethik-Rat für Public Relations (PDF), 10. September 2015, zuletzt aufgerufen am 11.9.2015
41. ↑ [Uni Köln und Bayer dürfen Vertrag geheim halten](#), spiegel.de vom 18.08.2015, abgerufen am 25.03.2020
42. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
43. ↑ [CFOS massiv von Finanztransaktionssteuer betroffen](#), finance-magazin vom 14.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
44. ↑ [Debatte um die Finanztransaktionssteuer](#), taz vom 01.08.2013, abgerufen am 20.11.2023
45. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
46. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
47. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
48. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
49. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
50. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023